



HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

## Jahresbericht 2002

### **Impressum**

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Redaktion: Susanne Dittrich, Bernd Rheinberg

Texte: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung

Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung,  
Hackesche Höfe, Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin, Telefon 030-28534-  
0, Fax 030-28534-109, E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de), Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

## INHALT

<b>Vorwort des Vorstandes</b> .....	5
<b>NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, GLOBALISIERUNG UND INTERNATIONALE STRUKTURPOLITIK</b> .....	9
Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, vom 26. August bis 4. September 2002.....	9
Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung – internationale Konferenz am 19. und 20. Februar 2002 in Berlin .....	13
Diane Elson: „Geschlechtergerechtigkeit durch Gender-Budgeting?“ – Textauszug.....	15
Entwicklungsfinanzierung.....	16
Das Projektpartnertreffen der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro.....	18
Petra-Kelly-Stiftung: Globalisierung gerecht gestalten!.....	19
Naturschutz – (Aus)Löser von Konflikten? – eine Tagung.....	20
Die Heinrich-Böll-Stiftung in China – Arbeit zu Umweltbildung und Nachhaltigkeit.....	22
Publikation: „La Vida en Venta“ – Lebende Organismen zu verkaufen.....	22
Reihe: Jour Fixe – Debatten zur Internationalen Politik.....	24
Beratungspapier zu Burma.....	25
<b>MENSCHENRECHTE, ZEITGESCHICHTE UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE</b> ...	26
Petra-Kelly-Preis 2002 an Ingrid Betancourt, Kolumbien.....	26
Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2002 an den Philosophen Gianni Vattimo, Italien.....	27
Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union – eine Tagung .....	28
iran-report.....	29
Afghanistan 2002.....	30
Der osttimoresische Außenminister und Friedensnobelpreisträger Dr. José Ramos-Horta zu Gast in Deutschland.....	31
Konfliktprävention in Nigeria.....	32
„Länderprogramm Russland“ der Heinrich-Böll-Stiftung.....	33
Brennpunkt: Brasilien – Die Herausforderungen und Erwartungen an den neuen Präsidenten.....	37
Instituto de Estudos da Religião (ISER), Rio de Janeiro.....	39
Die Bundestagswahl aus transatlantischer Perspektive – Podiumsdiskussion mit US-amerikanischen Gästen.....	39
<b>ANTIRASSISMUS, MIGRATION UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION</b> ....	41
Staatsbürgerschaft und Integration.....	41
Zukunftswerkstätten „Einwanderungsland Deutschland“: Dialog und Öffentlichkeit.....	42
Geschichtsbilder I – Deutsche Kolonialgeschichte: „Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?“.....	43
Bürgerrechtsarbeit in Kroatien.....	44
Landesstiftung Sachsen: Handlungsfähig gegen Rassismus und Rechtsextremismus.....	45

<b>GESCHLECHTERDEMOKRATIE</b> .....	47
Geschlechterdemokratische Dialoge.....	47
„Väter werden, Väter sein, Väter bleiben“ und „Konflikt und Geschlecht“ - zwei Fachtagungen des Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse.....	49
„Genderkompetenz durch Gendertraining“ - Weiterbildung.....	52
<b>ZUKUNFT DER ARBEIT UND DES SOZIALEN</b> .....	53
„Bürgergesellschaft und Sozialstaat“ - eine Tagung.....	53
Politik für Kinder. Politik für Eltern.....	54
Zukunft der Arbeit: Soziale Innovationen - Zur Reform der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.....	56
<b>BILDUNG UND WISSENSCHAFT</b> .....	57
Berliner Hochschuldebatten.....	57
Die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung.....	59
Biopolitik in der Wissensgesellschaft.....	62
<b>NEUE MEDIEN</b> .....	64
„Digitales Urheberrecht“ und „Zukunft der Globalen Güter“...	64
SAVE PRIVACY: Grenzverschiebungen im digitalen Zeitalter -eine Konferenz.....	67
<b>KUNST UND KULTUR</b> .....	69
Friedensfilmpreis 2002 für „August - Moment before Eruption“	69
Der nachhaltige Filmblick (Januar bis Dezember 2002).....	69
Heinrich Böll im Kino - Filmreihe vom 10. bis 30. Dezember 2002.....	70
Heinrich Böll - Leer nos hace rebeldes (Lesen macht rebellisch).....	71
„Köln liest Böll“.....	71
Zum Geburtstag von Heinrich Böll: Aktivitäten in Bosnien und Herzegowina.....	72
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich.....	73
Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2002.....	74
<b>STUDIENWERK</b> .....	79
Nachwuchsförderung.....	79
Austauschprogramme.....	81
Kooperationen.....	83
Mittel.....	84
<b>GRÜNE AKADEMIE</b> .....	86
<b>FEMINISTISCHES INSTITUT</b> .....	89
<b>ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS</b> .....	93
<b>AUS DER STIFTUNG</b> .....	95
Kommunalpolitische Infothek - Kommunales Fachinformationssystem im Internet.....	95

Heinrich-Böll-Stiftung eröffnet Länderbüro in Nigeria.....	96
Heinrich-Böll-Stiftung erhält Auszeichnung vom Foro Ecológico Juchiteco in Mexiko.....	97
Anklage gegen die Heinrich-Böll-Stiftung und andere deutsche Stiftungen in der Türkei.....	97
Verabschiedung von Hema Goonatilake.....	98
Fundraising.....	98
Nachruf auf Heinz Kotte.....	99
Nachruf auf Willi Hoss.....	99
<b>GREMIEN</b> .....	102
<b>ADRESSEN</b> (STAND JUNI 03).....	105
<b>PUBLIKATIONEN</b> DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG.....	114
<b>FÖRDERKREIS</b> .....	116

## **Vorwort des Vorstandes**

### **Ein globales Netzwerk für Nachhaltigkeit**

Das Ende des Ost-West-Gegensatzes seit 1989 nährte zunächst die Hoffnung auf ein Ende kriegerischer Konflikte und politischer Spaltungen in der Welt. Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 stand für den Aufbruch, die großen globalen Probleme wie Armut und Umweltzerstörung gemeinschaftlich zu lösen. Mit dem Ende des Kalten Krieges und nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat sich das internationale System grundlegend verändert, die multilaterale kooperative Bearbeitung mancher globaler Probleme hat einen schweren Stand. Das zeigte sich auch beim „Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung“ in Johannesburg, als die Erkenntnisse und Beschlüsse von Rio bilanziert und neue Aktionspläne auf den Weg für eine Nachhaltige Entwicklung gebracht wurden. Die Heinrich-Böll-Stiftung war auf dem Gipfel im Rahmen des *Böll-Forums* mit einer Vielzahl von Veranstaltungen präsent und warb mit zahlreichen Partnerorganisationen für eine Änderung des westlichen Produktions- und Konsumstils. Auch in der Bundesrepublik haben wir uns in Zusammenarbeit mit Umweltverbänden und unseren Landesstiftungen für eine Politik der Nachhaltigkeit engagiert. Auf große internationale Resonanz stieß unser *Jo'burg-Memo*, das von 16 Autorinnen und Autoren aus 11 Ländern erarbeitet und mittlerweile in 16 Sprachen übersetzt wurde. Wir gehen in diesem Jahresbericht ausführlich auf den Gipfel ein.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat 2002 ihr Engagement für eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung verstärkt. In diesem Zusammenhang setzen wir uns kritisch mit der Politik des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation auseinander. Unser globales Netzwerk bietet ein großes

Potential für die Beobachtung und Beeinflussung der Politik dieser Institutionen. Mit unseren Partnerinnen und Partnern arbeiten wir weltweit am Wissensaufbau zu komplexen ökonomischen Fragen, an Reformvorschlägen und mehr politischer Partizipation gegenüber Regierungen und internationalen Institutionen.

Außen- und sicherheitspolitisch stand das Jahr 2002 noch ganz unter dem Eindruck der Anschläge vom 11. September 2001, des Afghanistan-Krieges und der Debatte über den „Kampf gegen den Terrorismus“ sowie der im Herbst beginnenden Irak-Krise, die schließlich zur amerikanisch-britischen Intervention und zum Sturz Saddam Husseins führte. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat für diese Herausforderungen einen neuen Arbeitsschwerpunkt zur Außen- und Sicherheitspolitik und Krisenprävention geschaffen. Darin geht es vor allem um die zukünftige Rolle Europas in der Welt, um die Ziele und Instrumente einer gemeinsamen internationalen Politik der EU und die Zukunft der transatlantischen Allianz, um die Frage nach Sicherheit im 21. Jahrhundert angesichts der Bedrohungen durch internationalen Terrorismus und katastrophale Umweltveränderungen, und schließlich geht es um regionale Krisenprävention durch den Aufbau demokratischer Institutionen und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure. Ein neues Themenfeld wird die Weiterentwicklung des Völkerrechts und die Reform der UN unter den Vorzeichen einer demokratischen Welt-Innenpolitik sein. Zu all diesen Themen praktizieren wir einen kontinuierlichen transatlantischen Dialog, setzen auf die Kompetenz unserer Auslandsbüros und die weltweite Kooperation mit Partnern aus Nichtregierungsorganisationen, Politik und Wissenschaft.

Der Irak-Konflikt bestimmte einen großen Teil unserer Aktivitäten seit Herbst 2002. Mit aktuellen Veranstaltungen, einem Buch zur deutschen Nahostpolitik und einem umfangreichen Dossier im Internet konnte sich die Stiftung schnell als

Adresse für Hintergrundinformationen, Analysen und pluralistische Debatten etablieren. Neben den internationalen Dimensionen des Irak-Konflikts beschäftigen wir uns vor allem mit den politischen und wirtschaftlichen Perspektiven des Irak wie der Region. Wir setzen hier besonders auf einen Dialog mit den Kräften der Zivilgesellschaft, und ganz besonders interessiert uns die Situation der Frauen im Irak und ihre Rolle bei der Modernisierung und Demokratisierung des Landes.

Eine große Persönlichkeit und mutige Frau erhielt im vergangenen Jahr den Petra-Kelly-Preis der Heinrich-Böll-Stiftung – die kolumbianische „grüne“ Politikerin Ingrid Betancourt. Leider ist ihr Schicksal immer noch ungewiss, sie ist weiter in den Händen ihrer Entführer. Ihr Mann nahm daher den Preis stellvertretend in Empfang.

Ein neues Gebiet der Stiftungsarbeit ist die Biopolitik. Die Entwicklungen in den Biowissenschaften haben deutlich gemacht, dass die Debatte über deren ethische und politische Bewertung an nationalen Grenzen nicht halt machen kann. Wirksame Regeln und Begrenzungen für Biotechnologie und Humangenetik müssen die internationale Ebene umfassen. Gerade weil hier die Wertvorstellungen oft auseinandergehen, bedarf es auf globaler Ebene einer Debatte der Zivilgesellschaften und nicht nur der Experten. Nach einigen kleineren Tagungen bemüht sich die Stiftung nun im Herbst 2003, mit einer internationalen Arbeitskonferenz ein Netzwerk für die langwierigen Prozesse der globalen Regulierung von Forschung und Technologie aufzubauen.

Einige werden sie vielleicht vermissen – unsere *Perspektiven im grünen Format*, die sechs Mal zu wechselnden Schwerpunkten im Jahr 2002 erschienen sind. Die Zeitung hatte eine Auflage von 90.000 Stück und stieß auf positive Resonanz. Zur Zeit denken wir über ein neues Stiftungsmagazin nach, das in 2004

erscheinen soll. Parallel bereiten wir eine neue Zeitungsbeilage vor, die in großer Auflage über zentrale Themen und Projekte der Stiftung informieren soll.

Zum Schluss wie immer ein Wort des Dankes an die Unterstützer/innen der Stiftung. Mit den Mitteln des Förderkreises wird die Heinrich-Böll-Stiftung in die Lage versetzt, Einzelpersonen zu unterstützen und Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren könnten - z.B. konnte so einem Jugendhaus in Slowenien geholfen werden, das sich für Flüchtlingskinder aus Bosnien und dem Kosovo einsetzt. Im September 2002 fand in Berlin zum dritten Mal eine Jahresversammlung des Förderkreises statt - in Verbindung mit der Eröffnung der Ausstellung „Langes Echo“. Die Menschenrechtsorganisation *Memorial* aus Russland dokumentierte darin die Wiederkehr von Symbolen, Stereotypen und Methoden aus der Zeit des Stalinismus. Über den Förderkreis hinaus wird die Stiftung maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement in Mitgliederversammlung und Aufsichtsrat, Fachkommissionen und Fachbeiräten sowie im Frauenrat getragen. Dafür möchten wir uns bedanken, ebenso bei den Freundinnen und Freunden von Bündnis 90/Die Grünen, die unsere Arbeit unterstützen und begleiten.

Berlin, im Juni 2003

Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Ralf Fücks

Barbara Unmüßig



## **NACHHALTIGE ENTWICKLUNG, GLOBALISIERUNG UND INTERNATIONALE STRUKTURPOLITIK**

### **Der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, vom 26. August bis 4. September 2002**

Für die Heinrich-Böll-Stiftung war der Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg der Höhepunkt einer Kampagne, die zwei Jahre zuvor begonnen hatte und sich zum größten Projekt seit Gründung der Stiftung entwickelte. Beteiligt waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der In- und Auslandsabteilung in Berlin, mehrere Länderbildungswerke, die meisten Auslandsbüros und etliche internationale Kooperationspartner der Stiftung. Das Team in Johannesburg schließlich bestand aus rund 30 Personen, inklusive der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Südafrika-Büros, die das organisatorische Rückgrat der Aktivitäten vor Ort bildeten.

Der Weltgipfel in Johannesburg bot zehn Jahre nach der ersten UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro die große Chance, die globalen Herausforderungen Armut und Umweltzerstörung wieder ganz oben auf die politische Agenda und ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Deshalb engagierte sich die Stiftung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten der politischen Bildung – mit Fortbildungskursen, Dialogen, Studiengruppen, Konferenzen, Publikationen, Pressebriefings und Websites. Nach einigen Rückschlägen in den vergangenen Jahren galt es, die nachhaltige Entwicklung weltweit wieder aus den Spezialistenecken der Umwelt- und Entwicklungsdiplomatie zu holen und sie zu einer gemeinsamen Anstrengung der Weltbevölkerung und ihrer Regierungen zu machen.

Dieses hoch gesteckte Ziel konnte nur durch eine umfassende Mobilisierung erreicht werden. Daher erhielten die Auslandsbüros der Stiftung zusätzliche Mittel zur Information

ihrer betreffenden Partnerorganisationen. In zahlreichen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens, aber auch in Osteuropa, führte die Stiftung zu einem Zeitpunkt Informationsveranstaltungen und Fortbildungskurse durch, wo die Öffentlichkeit noch kaum vom Gipfel gehört hatte. Infolge spielte die Stiftung in zahlreichen nationalen Vorbereitungsprozessen auch für die jeweiligen Regierungen eine nicht unwichtige Rolle. Einige vielversprechende junge Aktivistinnen und Aktivisten aus den genannten Kursen und Workshops erhielten die Möglichkeit, sich durch Praktika in Brüssel und Washington intensiv auf den Gipfel vorzubereiten. Als Generation Jo'burg nahmen sie später daran teil. Einige von ihnen sind in ihren Ländern mittlerweile zu Wortführern der Zivilgesellschaft in Sachen nachhaltiger Entwicklung geworden.

Der wahrscheinlich wichtigste Teil der Vorbereitungen vollzog sich aber weithin unbeobachtet in Studierstuben und abgelegenen Tagungsstätten. Die Stiftung beauftragte 16 prominente Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, Politik und Wirtschaft mit der Ausarbeitung eines Memorandums, dessen zentrale Frage lautete: Wie lassen sich die berechtigten Interessen des „Südens“ nach rascher Entwicklung für alle mit der Begrenztheit der Biosphäre in Einklang bringen? In einem sechsmonatigen Diskussionsprozess der Autorengruppe wurde kein Formelkompromiss erzielt, sondern ein viel beachtetes Dokument erstellt: das „Jo'burg Memo“. In einer anschaulichen Sprache zieht es Bilanz der zehn Jahre seit Rio, analysiert die Zusammenhänge von Überkonsum und Verarmung und bietet ambitionierte Reformvorschläge. In Veranstaltungen rund um den Globus wurde das „Memo“ vorgestellt und avancierte rasch zu einem beliebten Grundlagentext – am Ende wurde es sogar zur besten Publikation des Gipfels gekürt. Wie kein anderes Dokument zuvor ist das „Memo“ zu einem internationalen publizistischen Erfolg der Stiftung geworden. Es liegt

mittlerweile in 15 Sprachen vor. Großen Anklang fanden auch die beiden zentralen Webseiten zum Gipfel - [www.worldsummit2002.de](http://www.worldsummit2002.de) (deutsch) und [www.worldsummit2002.org](http://www.worldsummit2002.org) (englisch). Noch heute zählen sie zu den wichtigsten Quellen zum Thema.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterhielt auf dem Gelände des *Global Public Forum* in Johannesburg ein eigenes Veranstaltungszentrum, das *Boell Forum*, in dem fast drei Wochen lang täglich Konferenzen, Seminare, Podiumsdiskussionen und Kulturveranstaltungen stattfanden. Die Veranstaltungen waren durchweg gut besucht, die offizielle Auftaktveranstaltung mit rund 400 Teilnehmern stieß fast ans Limit des Forums.

Im regulären Johannesburger Büro der Stiftung entstand im Gegensatz dazu eine strategische Insel, ein geschützter Raum für Veranstaltungen hinter verschlossener Türe. In kleiner Runde, bei den sogenannten „Boell Breakfast Briefings“, trafen Vertreterinnen und Vertreter der an den offiziellen Verhandlungen beteiligten Regierungen und Organisationen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der internationalen Zivilgesellschaft zusammen. Dabei kamen denkwürdige Begegnungen und manchmal heftige Debatten zustande: Weltbank-Vertreter trafen auf radikale Umweltschutzaktivisten, südafrikanische Basisvertreter tauschten sich mit deutschen Diplomaten aus.

Schließlich war die Stiftung mit Veranstaltungen und Informationsständen auch an zahlreichen anderen Orten des Gipfelgeschehens präsent: im *Sandton Convention Centre*, dem Ort der Verhandlungen, im nahegelegenen *IUCN Environment Centre* im Gebäude einer Großbank, am deutschen Stand im Ausstellungszentrum *Ubuntu Village*, beim alternativen *People's Earth Summit* in einem College und beim „Teach-In“ der Globalisierungskritikerinnen und -kritiker.

Der Gipfel selbst kann angesichts der ernüchternd geringen Resultate kaum als durchschlagender Erfolg gewertet werden. Alte Zeitziele für Armutsbekämpfung und Umweltschutz wurden bekräftigt und einige wenige neue wie zur Abwasserentsorgung und zur Einrichtung mariner Schutzgebiete auf den Weg gebracht. Für die soziale und ökologische Gestaltung des Globalisierungsprozesses gingen allerdings keine Impulse aus. So muss man es bereits als Erfolg werten, dass die Johannesburg-Erklärung der Staatengemeinschaft die Umweltabkommen nicht einfach dem WTO-Regelwerk untergeordnet hat. Die Hoffnungen der Stiftung, dass auf dem Gipfel die weltpolitischen Rahmenbedingungen für eine tatsächlich nachhaltige Entwicklung verbessert werden könnten, haben sich also nicht erfüllt.

Die Stiftung wird sich in Zukunft noch stärker in die nationalen und internationalen Debatten über die soziale, ökologische, kulturelle und politische Gestaltung der Globalisierung einmischen. Die Jo'burg-Kampagne und die vielfältigen regionalen Aktivitäten der Stiftung, die sich zum Beispiel mit den Folgen der Agrarliberalisierung oder der Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser beschäftigen, bieten einen hervorragenden Anknüpfungspunkt dafür. Seit Mitte 2002 arbeitet die Stiftung daher intensiv an einem neuen Schwerpunktprogramm „Globalisierung gestalten“. Sie hat dafür eine Projektgruppe eingerichtet, in der die Aktivitäten der Stiftung zur internationalen Klima-, Energie-, Agrar-, Finanz- und Handelspolitik koordiniert werden.

Das Jo'burg-Memo. Ökologie - die neue Farbe der Gerechtigkeit. Ein Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung. World Summit Papers Special Edition, Berlin 2002, 88 Seiten. Das Memo ist kostenfrei gegen Einsendung eines adressierten und frankierten DIN-A4-Briefumschlages bei der Heinrich-Böll-Stiftung erhältlich. Es liegt mittlerweile in 15 Sprachen vor. Download unter [www.joburgmemo.org](http://www.joburgmemo.org)

The World Comes to One Country - an Insider History of the World Summit on Sustainable Development. By Victor Munnik and Jessica Wilson. Published by the Heinrich Böll Foundation, Johannesburg 2003, 88 pages, ISBN 0-620-29923-1. Download unter [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za) oder [www.boell.de](http://www.boell.de)

## **Gender Budgets, Finanzmärkte und Entwicklungsfinanzierung - internationale Konferenz am 19. und 20. Februar 2002 in Berlin**

„Engendering Macroeconomics“ hieß der Ansatzpunkt dieser internationalen Konferenz in Berlin, die im Vorfeld der UN-Konferenz zu Entwicklungsfinanzierung (Monterrey, Mexiko) stattfand. Dabei ging es um einen stärkeren Einfluss genderrelevanter Erkenntnisse auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik. International bekannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wie Prof. Ajit Singh (Universität Cambridge), Prof. Diane Elson (Universität Essex) und Prof. Saskia Sassen (Universität Chicago und London School of Economics and Politics) sowie NGO-Expertinnen und Mitarbeiterinnen europäischer Ministerien beschäftigten sich mit Gender-Aspekten in der Finanzpolitik. Am ersten Tag gab es einen Erfahrungsaustausch zu Gender Budgeting, bei dem einige internationale Beispiele vorgestellt und zudem die Zusammenhänge zwischen internationalen Kapitalflüssen, Staatshaushalten und Gender-Beziehungen herausgearbeitet wurden. Am zweiten Tag standen Finanzmärkte und Gender-Aspekte im Vordergrund sowie die Finanzierung einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung aus regionalen Perspektiven. Den Abschluss der Konferenz bildete eine öffentliche Veranstaltung mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Konferenzteilnehmerinnen zur Frage: „Entwicklungsfinanzierung - Strategien für eine gerechtere Globalisierung?“ Die Beiträge der Konferenz finden sich auf der Website des Feministischen Institutes ([www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)). Die Ansätze der Konferenz werden im neuen internationalen Frauenprogramm der

Heinrich-Böll-Stiftung, „Globalisierung & Gender“,  
weiterverfolgt.

## **Diane Elson: „Geschlechtergerechtigkeit durch Gender-Budgeting?“ - Textauszug**

Die meisten Staaten haben ihren Willen zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Gender Mainstreaming bekundet, aber häufig gibt es eine Kluft zwischen offiziellen politischen Absichtserklärungen und der Art und Weise, wie Geld aufgebracht und ausgegeben wird. Weiterhin sind die meisten Regierungen willens, mehr Transparenz und klare Verantwortlichkeiten zu schaffen, aber oft besteht auch eine Kluft zwischen Beteiligungs- und Beratungswillen bei der Formulierung neuer politischer Richtlinien einerseits und der Gesetzgebung und Zuteilung finanzieller Mittel andererseits. Gender-Responsive-Budget-Initiativen können helfen, diese Lücken zu schließen, indem sie gewährleisten, dass öffentliche Gelder effektiver beschafft und ausgegeben werden. Sie können bei der Verbesserung der angestrebten Gleichstellung der Geschlechter und bei der besseren Umsetzung der "Konvention zur Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau" (CEDAW) hilfreich sein. Sie können helfen, dass die Bevölkerung eines Landes in größerem Maße an der Zuteilung öffentlicher Mittel beteiligt wird, insbesondere Frauen, die allgemein im Vergleich zu Männern bei Entscheidungen über öffentliche Gelder eine kleinere Rolle spielen.

Eine Gender-Responsive-Budget-Initiative zielt nicht darauf ab, einen Sonderhaushalt für Frauen zu schaffen. Sie will vielmehr alle Formen öffentlicher Ausgaben - und auch die Methoden zur Beschaffung von Geldern - unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten analysieren, d.h. die Folgen dieser Ausgaben auf Frauen und Mädchen im Vergleich zu Männern und Jungen ermitteln. Die Schlüsselfrage lautet: Welche Auswirkungen hat die jeweilige finanzpolitische Maßnahme auf die Gleichstellung der Geschlechter - verringert

sie die Ungleichheit, vergrößert sie sie oder lässt sie sie unverändert?

Der Schwerpunkt auf der geschlechtlichen Ungleichheit kann auch um andere Formen der Ungleichbehandlung erweitert werden – wie Benachteiligungen oder Bevorzugungen aufgrund von Klasse, Rasse oder Religion. Man könnte beispielsweise die Schlüsselfrage folgendermaßen umformulieren: Führt diese finanzpolitische Maßnahme zu einer verbesserten, verschlechterten oder gleichbleibenden Situation für die am stärksten benachteiligten Frauen?

Auszug aus: Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting? Überlegungen und Beispiele von Diane Elson und Brigitte Young. Texte zur Einmischung Nr. 2 der Heinrich-Böll-Stiftung

Reihe „Texte zur Einmischung“, Nr.2:

**Geschlechtergerechtigkeit durch Gender Budgeting?**

Überlegungen und Beispiele von Diane Elson und Brigitte Young

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Berlin, November 2002. 32 Seiten

## **Entwicklungsfinanzierung**

Die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die vom 18. bis 22. März 2002 im mexikanischen Monterrey stattfand, war ein Zielpunkt der Stiftungsaktivitäten zum Thema Globalisierung. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte vor Ort die Aktivitäten des „NGO-Forums“, indem sie insbesondere den Aufbau und die Arbeit des Presse zentrums der Nichtregierungsorganisationen förderte. Darüber hinaus veranstaltete die Stiftung eine Gesprächsrunde, die vor allem den UN-Gipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg mit in den Blick nahm. Friné López vom *Espacio Autónomo* in Mexiko



und Peter Mucke von *Terre des Hommes Deutschland* zogen eine politische Bilanz der letzten 10 Jahre. Sie analysierten und bewerteten die Aktivitäten der Weltbank in ihren umweltpolitischen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer und formulierten Forderungen an die Konferenz von Monterrey, um durch neue und innovative Instrumente der Entwicklungsfinanzierung positive Impulse für Johannesburg freizusetzen. Zu diesen Forderungen gehörten z.B. die Einführung der Tobin-Steuer oder von Nutzungsabgaben auf Flugbenzin. Xochitl Ramírez Reivich und Carlos Toledo Manzur vom mexikanischen *Netzwerk für Nachhaltige Entwicklung* zeigten anhand von lokalen Projekten in Mexiko, welche Rolle die Zivilgesellschaft für die Förderung nachhaltiger Entwicklung vor Ort spielen kann. Im April 2002 lud die Stiftung zu einem eintägigen Workshop nach Berlin ein, um Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Ministerien die Gelegenheit zu geben, gemeinsam die zum Teil recht unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Ergebnisse von Monterrey zu diskutieren.

Die „Globalen öffentlichen Güter – Global Public Goods“ (GPG) standen im Mittelpunkt einer von der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation WEED in Berlin organisierten Fachtagung am 15. Mai 2002. Globale Öffentliche Güter sind solche Güter, deren Nutzen über Landesgrenzen und Regionen, Bevölkerungsgruppen und Generationen hinaus reicht – dazu gehören Frieden und Sicherheit ebenso wie z.B. eine intakte Umwelt und Gesundheit. Für die Referentinnen und Referenten, zu denen u.a. Inge Kauls von UNDP und Renate Schubert vom Wissenschaftlichen Beirat für globale Umweltfragen gehörten, stellte das Konzept der Globalen öffentlichen Güter einen zentralen Baustein einer integrierten Umwelt- und Entwicklungspolitik dar. Allerdings fehle es noch an konsensfähigen Umsetzungskonzepten. Trotz aller offenen Fragen waren sich die Befürworter einig, dass hier ein Ausweg

aus der festgefahrenen Diskussion um die Bereitstellung notwendiger Mittel zur Entwicklungshilfe bestehe und neue Finanzquellen für dringend benötigte Aufgaben erschlossen werden könnten. Der schon ritualisierte Streit um die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttosozialprodukts der Geberländer erhält damit neue Impulse.

Globale Öffentliche Güter - Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit?

Ein WEED-Arbeitspapier von Jens Martens und Roland Hain

World Summit Papers No. 20, Berlin 2002, 40 Seiten]

[Informationen über die Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung rund um die im September stattfindende 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Cancún/Mexiko unter [www.cancun2003.org](http://www.cancun2003.org).

WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. mit Sitz in Bonn,  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

## **Das Projektpartnertreffen der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro**

Um die „Herausforderungen und Möglichkeiten politischer Einflussnahme“ zu diskutieren, lud die Heinrich-Böll-Stiftung ihre brasilianischen Projektpartner im November 2002 zu einem zweitägigen Treffen nach Rio de Janeiro. Anhand aktueller Beispiele wie der UN-Konferenz in Johannesburg, dem Weltsozialforum in Porto Alegre und dem WTO-Treffen in Cancun konnten die Herausforderungen und Grenzen internationaler Strukturpolitik dargestellt und diskutiert werden. Besondere Aufmerksamkeit erhielten die unterschiedlichen Aktionsebenen der vertretenen Organisationen: Ein regionales Netzwerk aus dem Nordosten Brasiliens, ASA (Articulação no Semi-Árido Brasileiro), das nationale Netzwerk *Rede Brasil*, Expertin in Sachen internationale Banken und Finanzorganisationen, und das seit kurzem in Brasilien ansässige amerikanische Netzwerk *Alianza Social Continental* präsentierten ihre Arbeit und

analysierten Stärken wie Schwächen ihrer Netzwerke. Dabei wurden die Unterschiede der jeweiligen Strategien und Ziele ebenso deutlich wie die Gemeinsamkeiten.

### **Petra-Kelly-Stiftung: Globalisierung gerecht gestalten!**

Die Globalisierung und ihre Folgen bewegt die Menschen – das zeigte auch der enorme Zuspruch, den eine Tagung der Petra-Kelly-Stiftung unter dem Motto „Globalisierung – Verheißung oder Katastrophe?“ im Münchner *Eine-Welt-Haus* hatte. Fast 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten am 15. November 2002 eine Podiumsdiskussion mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Kirche und Wirtschaft. Prof. Elmar Altvater, einer der profundesten Kenner und Kritiker der Globalisierung, machte eines gleich zu Beginn klar: Die Globalisierung ist ein „Sachzwang“, der nicht rückgängig gemacht werden kann. Für alle Akteure, egal ob in Politik, Wirtschaft oder Nichtregierungsorganisationen, gilt es, sich dieser Herausforderung zu stellen. Es geht also primär um die Frage, wie Globalisierung reguliert und demokratisch gestaltet werden kann. Dass dabei weder die soziale Gerechtigkeit noch die Geschlechtergerechtigkeit auf der Strecke bleiben dürfen, machten Dr. Wolfgang Gern vom Diakonischen Werk Hessen-Nassau und Prof. Brigitte Young von der Universität Münster sehr deutlich. Wie sich auch die Wirtschaft diesen Anforderungen zu stellen versucht, erläuterte Dr. Reiner Hengstmann von der *Puma AG* am Beispiel seines Unternehmens. Er wies darauf hin, dass *Puma* sich besonders für die Entwicklung und Überwachung strenger internationaler Umwelt- und Sozialstandards stark macht.

In einem eintägigen „Open Space“, für den auch die Referentinnen und Referenten der Podiumsdiskussion zur Verfügung standen, widmeten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließlich den Aspekten der Globalisierung, die

ihnen besonders wichtig erschienen. Im Mittelpunkt standen dabei wieder mögliche Strategien zur Demokratisierung und Regulierung der globalisierten Welt, aber auch die Wirkung der Informations- und Kommunikationstechnik im Globalisierungsprozess.

Beim Open Space gibt es keine vorab festgelegte Tagesordnung. Erst zu Beginn der Veranstaltung entsteht unter Berücksichtigung aller in der Runde vorgetragenen Anliegen die gesamte Arbeits- und Zeitplanung. Die daraus resultierenden Gruppen arbeiten selbstorganisiert, dokumentieren ihre jeweiligen Ergebnisse und machen diese allen zugänglich. Die durch selbstorganisiertes und selbstgesteuertes Handeln erzielte Motivationssteigerung soll nach der Veranstaltung in den Köpfen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer fortwirken.

Die 25-seitige Dokumentation der Veranstaltung kann unter <http://www.petra-kelly-stiftung.de/sites/pdf-doku/Globalisierung-Doku.zip> heruntergeladen werden. Die Print-Version kostet 3 Euro zzgl. Versandkosten.

### **Naturschutz - (Aus)Löser von Konflikten? - eine Tagung**

Immer häufiger sind Umweltzerstörungen und die Knappheit von Wasser und Nahrung Ursache von Konflikten. Dieser Trend wird sich durch die Klimaveränderungen und radikalen Eingriffe in die Umwelt weiter verstärken. Dagegen fehlt es der internationalen Staatengemeinschaft an einer gemeinsamen Nachhaltigkeitsstrategie, die sicherheitspolitische Aspekte mit berücksichtigt. Nachhaltigkeit in der Sicherheitspolitik war denn auch das Thema der Auftaktveranstaltung der Fachtagung „Naturschutz - (Aus)Löser von Konflikten“, die am 26. und 27. November 2002 in Berlin stattfand. Deutsche und internationale Politikerinnen und Politiker wie Pekka Haavisto (UN), Tschingis Aitmatov (Kirgistan) und Uschi Eid (Berlin) diskutierten den außen- und sicherheitspolitischen Ansatz von „Ökologischer Sicherheit“ als Teil eines erweiterten Sicherheitsbegriffes und setzten sich mit der Prävention von Umweltkonflikten auseinander. Im Vordergrund der Fachtagung standen zum einen Naturschutzparks, Biosphärenreservate und nachhaltiger Tourismus als internationale Beispiele für

Naturschutz mit Konflikt (aus)lösenden Aspekten, zum anderen ging es um Verteilungskonflikte und den Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Land. Die Abschlussdiskussion konzentrierte sich auf die Rolle von Akteuren im Naturschutz und deren Möglichkeiten für eine krisenpräventive Arbeit im Naturschutz.

Die Tagung wurde von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Naturschutz konzipiert und durchgeführt. Eine Dokumentation der Tagung wird ab Juni 2003 auf der Website des Bundesamtes für Naturschutz zu finden sein.

[www.bfn.de](http://www.bfn.de)

## **Die Heinrich-Böll-Stiftung in China - Arbeit zu Umweltbildung und Nachhaltigkeit**

Was kann der Beitrag einer kleinen politischen Stiftung in einem Land wie China sein, das in seiner Ausdehnung und Bevölkerungszahl einem Kontinent gleicht und sich in einem sehr dynamischen Veränderungsprozess befindet? Vor dieser Frage stand die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahre 1999, als es galt, die Arbeit in China zu intensivieren und den Aufbau einer Zivilgesellschaft in zu befördern. Einige Schwerpunkte haben sich seitdem entwickelt, wie z.B. nachhaltige Stadtentwicklung sowie Frauen- und Geschlechterpolitik. Seit einiger Zeit arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung auch im Bereich Umweltbildung. Die chinesische Partnerorganisation *Friends of Nature* fährt mit Kleinbussen zu Schulen und Ferien camps auf dem Land, um Kinder und Jugendliche auf spielerische Weise für Umweltschutz und Nachhaltigkeit zu sensibilisieren.

In ihrer Arbeit legt die Stiftung besonderen Wert darauf, ein breites Publikum anzusprechen: Kinder wie Jugendliche, Lehrer wie Wissenschaftler, Bürger wie Beamte. Und das Thema Umwelt stellte sich als ein guter Ausgangspunkt heraus, um z.B. über die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen die Entwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie in China voranzubringen.

### **Publikation: „La Vida en Venta“ - Lebende Organismen zu verkaufen**

Als die mexikanische Regierung im September 2001 erklärte, dass in einigen Gemeinden des Bundesstaates Oaxaca bis zu 37% des lokal gezüchteten Mais mit DNA aus gentechnisch veränderten Maissorten verunreinigt sei, wurde die Idee zu „La Vida en Venta: Transgénicos, Patentes y Biodiversidad“ regelrecht von der Wirklichkeit eingeholt. Das Buch über

gentechnisch veränderte Organismen, Patente und Biodiversität wollte über die Risiken der grünen Gentechnologie informieren und deren Verflechtung mit der Privatisierung der biologischen Vielfalt aufzeigen. In Mexiko, dem Ort der jahrhundertealten Kultivierung von Mais als Nutzpflanze, bedroht die Kreuzung einheimischer Maissorten mit gentechnisch veränderten Organismen nicht nur sensible Ökosysteme und kulturelle Praktiken, sondern potentiell die Ernährungssicherheit der ländlichen Bevölkerung. Diese hat einheimische Sorten den klimatischen, ökologischen und Bodenbedingungen immer wieder angepasst und ihr Land somit weitgehend nachhaltig bewirtschaftet. Die über Jahrhunderte entwickelte Nutzpflanzenvielfalt ist heute bedroht, und dies nicht nur in Mexiko. Gerade durch die Aktualität dieser Themen in der gesamten mesoamerikanischen Region stieß das in der Reihe „Ediciones Heinrich Böll“ erschienene Buch auf großes Interesse. Die Beiträge beschäftigen sich u.a. mit den handelspolitischen Entwicklungen und Privatisierungstendenzen im Zeitalter der Globalisierung, deren Bedeutung für die biologische Vielfalt und die Ernährungssicherheit sowie die Verzahnung dieser Entwicklungen mit der Biotechnologie.

La Vida en Venta: Transgénicos, Patentes y Biodiversidad  
Compilado por Corinna Heineke  
Ediciones Heinrich Böll  
El Salvador, 2002, 296 páginas, ISBN 99923-35-04-1

## **Reihe: Jour Fixe - Debatten zur Internationalen Politik**

Jeweils am ersten Dienstag im Monat lädt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit *der tageszeitung* zu einem Jour Fixe auf die Galerie der Stiftung, um mit internationalen Gästen aktuelle Themen zu diskutieren. Der inhaltliche Rahmen ist dabei weit gesteckt und reicht von Außenpolitik über Ökologie bis hin zu entwicklungspolitischen Themen.

Das feste Format ermöglicht, wenn nötig, ein schnelles Reagieren auf aktuelle Ereignisse. So war das überraschend schlechte Abschneiden des sozialistischen Kandidaten Jospin im ersten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen Anlass, einen Jour Fixe über die französische Parteienlandschaft und die Schwäche der Linken zu veranstalten.

Der Jour Fixe im September 2002 beschäftigte sich mit den Ergebnissen des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. In einer Videoschaltung zum Ort des Konferenzgeschehens konnten Interessierte einen Tag vor dem offiziellen Abschluss aktuelle Informationen und erste Einschätzungen zum Verhandlungsergebnis einholen.

Im Dezember stand die Frage nach Schuld und Sühne in Ruanda im Mittelpunkt der Debatte. Aktueller Anlass war die Veröffentlichung der deutschen Ausgabe des Buches von Alison des Forges „Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda“ über Fakten und Hintergründe zum Genozid. Die Autorin, Mitarbeiterin der amerikanischen Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*, hatte in jahrelanger akribischer Arbeit Akten aufgearbeitet und Opfer, Täter und „Zuschauer“ interviewt. Bei ihrem Besuch in Berlin schilderte sie sehr eindringlich, dass der Genozid kein spontaner Ausbruch kollektiver Wut oder ethnischer Spannungen, sondern das Kalkül einer kleinen, modernen Elite war, die ihren Machterhalt durch die wachsende Opposition in Ruanda gefährdet sah. Die Gruppe versuchte, sich ihrer Gegner durch Massenmord zu entledigen



und konnte dabei auf die Unterstützung von Militär und Nationalpolizei ebenso zählen wie auf regionale Behörden, Medien, Intellektuelle und Geistliche. Die politische Kultur Ruandas hat dies noch nicht abschließend selbstkritisch aufgearbeitet.

Weitere Themen im Jahr 2002 waren: Afrika und der Krieg gegen den Terror, der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan u.v.a.m.

Das Buch „Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda“ von Alison des Forges ist im Oktober 2002 in der Hamburger Edition erschienen und kostet Euro 40,-

### **Beratungspapier zu Burma**

In der zweiten Jahreshälfte 2002 zeichnete sich immer deutlicher ab, dass in Burma (Myanmar) eine „humanitäre Katastrophe“ droht. Sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene waren schnelle Entscheidungen gefragt, einmal hinsichtlich einer deutlichen Erhöhung von humanitärer Hilfe, zum anderen hinsichtlich der möglichen Wiederaufnahme von Entwicklungshilfemaßnahmen. Das Regionalbüro der Stiftung in Thailand gab angesichts der angespannten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Burma ein Beratungspapier in Auftrag. Es ging darum, die politischen und entwicklungspolitischen Optionen für einen deutschen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in Burma bei gleichzeitiger Förderung des politischen Reformprozesses auszuloten. International wird kontrovers diskutiert, wie die Lage im Land verbessert werden kann, ohne mit einem undifferenzierten Engagement gleichzeitig das seit 1988 herrschende Militärregime zu unterstützen und die Chancen auf eine Demokratisierung zu mindern. Vor diesem Hintergrund bot die Stiftung bei der Präsentation des Papiers im Mai 2003 in einem hochrangig besetzten Fachgespräch die Möglichkeit zur Beratung für Entscheidungsträger aus dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie für Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Träger.

## **MENSCHENRECHTE, ZEITGESCHICHTE UND ZUKUNFT DER DEMOKRATIE**

### **Petra-Kelly-Preis 2002 an Ingrid Betancourt, Kolumbien**

Der Petra-Kelly-Preis wurde 1997 von der Heinrich-Böll-Stiftung anlässlich des 50. Geburtstages der Namensgeberin gestiftet. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wird mittlerweile jährlich verliehen. Die Heinrich-Böll-Stiftung würdigt mit dem Preis Gruppen und Persönlichkeiten, die sich in herausragender Weise für die Achtung der universellen Menschenrechte, für gewaltfreie Konfliktlösungen sowie den Schutz der natürlichen Umwelt einsetzen. Zugleich dient der Preis dem Andenken Petra Kellys.

Im Jahr 2002 ging der Preis an Ingrid Betancourt, Vorsitzende der grünen Partei Kolumbiens, *Oxígeno Verde*. Die Präsidentschaftskandidatin wurde mitten im kolumbianischen Wahlkampf von der FARC-Guerilla entführt und befindet sich seit Februar 2002 in deren Gewalt. In der Begründung der Jury heißt es: „Mit der Preisvergabe würdigen wir Ingrid Betancourts herausragendes Engagement für ein Ende der Jahrzehnte andauernden Gewalt und der unzähligen Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien. In ihrer Eigenschaft als mutige grüne Politikerin, die sich ohne Rücksicht auf persönliche Gefährdung unermüdlich für mehr Demokratie, die Wahrung der Menschenrechte und zivile Konfliktlösungen engagiert, steht Ingrid Betancourt in direkter Kontinuität zu Petra Kelly. Sie ist über Kolumbien hinaus zu einer Symbolfigur geworden, die viel Sympathie und Anerkennung genießt.“ Die Geiselnahme durch die Guerilla dauert noch immer an. Der Preis ist deshalb auch eine Geste der Solidarität. Die Heinrich-Böll-Stiftung appellierte an den kolumbianischen Präsidenten Pastrana und an die Bundesregierung, sich nachdrücklich für die Freilassung von Ingrid Betancourt einzusetzen. Die Preisverleihung fand am 13. Dezember in

Berlin statt. Juan Carlos Lecompte, der Ehemann von Ingrid Betancourt, nahm den Preis entgegen.

### **Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken 2002 an den Philosophen Gianni Vattimo, Italien**

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken wurde 1994 von Publizisten, Politikern und Wissenschaftlern in Bremen ins Leben gerufen. Er ist mit 7.500 Euro dotiert und wird vom *Senator für Bildung und Wissenschaft* der Freien Hansestadt Bremen und der *Heinrich-Böll-Stiftung Bremen* zu gleichen Teilen finanziert. Mit der jährlichen Vergabe des Preises wollen die Initiatoren nicht nur an die Rolle Hannah Arendts als eine der prägenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts erinnern, sondern auch auf ihre Bedeutung für eine Erneuerung des politischen Denkens hinweisen. Im Jahr 2002 ging der Preis an den italienischen Philosophen Gianni Vattimo. Mit ihm ehrte die international besetzte Jury einen politischen Denker, der seit mehreren Jahrzehnten in Europa nicht nur als einer der bedeutendsten Vertreter der Postmoderne in Erscheinung getreten ist, sondern der sich seit 1999 als Mitglied des Europaparlaments auch den ganz praktischen Dimensionen der Politik gewidmet hat. In seiner Dankesrede begründete er die Erweiterung Europas: „Wir brauchen ein größeres Europa, weil wir ein Pol innerhalb der konformen, zeitgenössischen Welt sein sollten.“ Die Preisverleihung fand am 23. November 2002 im Bremer Rathaus statt.

## **Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union - eine Tagung**

Anlässlich der Diskussionen um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei lud die Heinrich-Böll-Stiftung am 4. Dezember 2002 zu einer Tagung ins Berliner Abgeordnetenhaus. Dort diskutierten türkische und deutsche Gäste aus Politik, Wissenschaft, Medien und Gesellschaft die Herausforderungen und Perspektiven der Türkei auf dem Weg in die Europäische Union. Das Podium war mit zwei Mitgliedern des neu gewählten türkischen Parlaments, dem türkischen Botschafter und zwei Abgeordneten des deutschen und des europäischen Parlaments prominent besetzt.

Der Botschafter der Türkei, Osman Korütürk, hob den Reformwillen der türkischen Politik und der Zivilgesellschaft hervor und verwies auf die Katalysatorenrolle der EU, die mit der Eröffnung der Beitrittsperspektive einen wesentlichen Beitrag zur Öffnung des Landes geleistet habe. Claudia Roth, Bundestagsabgeordnete von Bündnis90/Die Grünen, erinnerte daran, dass im europäischen Grundrechtskatalog die Toleranz und damit auch die religiöse Toleranz einen wichtigen Platz findet. Eine Ausgrenzung der Türkei würde zu einer Verhärtung und Radikalisierung auf beiden Seiten führen. Diskriminierung und Ausgrenzung warf der Universitätsdozent Cengiz Aktar der EU denn auch vor, böte sie doch Staaten Beitrittsverhandlungen an, in denen im Vergleich zur Türkei gravierendere politische Defizite, z.B. im Bereich der Menschenrechte, bestünden.

Rainer Steenblock, der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, warnte hingegen vor übertriebenen Erwartungen an einen schnellen Beginn der Beitrittsverhandlungen. Heinz Kramer, Türkeireferent der Stiftung Wissenschaft und Politik, wies darauf hin, dass die Kopenhagener Kriterien nicht objektive Maßstäbe darstellten, sondern durchaus Interpretations- und politische Entscheidungsspielräume zuließen. Die Türkei müsse sich stärker auf die Umsetzung konkreter Reformen konzentrieren und sich zudem klar machen, dass die eventuelle Nennung eines

Termins für Beitrittsverhandlungen keine Garantie für die Aufnahme in die EU darstellt. Ohne eine baldige Lösung des Problems Zypern, würden sich die Chancen der Türkei wieder verschlechtern.

Im Anschluss an die Impulsbeiträge entwickelte sich eine lebhafte, teilweise kontroverse Diskussion. Dabei ging es immer wieder um die Frage der Ernsthaftigkeit des Reformwillens der türkischen Politik. Gleichzeitig wurde bekräftigt, dass die EU den Reformkräften in der Türkei deutlichere Zeichen und einen konkreten Beitrag zur Unterstützung und Umsetzung der Reformen im Rahmen einer Beitrittspartnerschaft geben müsse.

### **iran-report**

Seit März 2002 gibt die Heinrich-Böll-Stiftung monatlich einen *iran-report* heraus. Der Autor, Bahman Nirumand, ist ein ausgewiesener Kenner der Region. 1982 verließ er den Iran, seither lebt er im deutschen Exil. Im *iran-report* fasst er wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Iran zusammen, ohne sie zu werten. Die Nachrichten werden den Bereichen Innenpolitik, Außenpolitik und Wirtschaft zugeordnet und sind als Arbeitsinstrument für Interessierte aus Politik, Wissenschaft und Medien gedacht. Der rund 16 Seiten umfassende Bericht wird per E-mail verschickt und kann auf der Website der Stiftung ([www.boell.de](http://www.boell.de)) unter „Presse“ abgerufen werden. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten, schon fast legendär gewordenen Iran-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge vom 11. September 2001 bilden die Entwicklungen im Iran und in der Region einen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung.

Iran nach den Wahlen. Eine Konferenz und die Folgen, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Mit einer Einführung von Sonia Seddighi und einem Beitrag von Peter Philipp, Übersetzungen: Bahman Nirumand  
Verlag Westfälisches Dampfboot, 1. Auflage, Münster 2001, 262 Seiten,  
Preis: € 18,50. ISBN 3-89691-506-1]

## Afghanistan 2002

Seit dem Sturz des Taliban-Regimes beteiligt sich auch die Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen ihrer Möglichkeiten am Aufbau einer Zivilgesellschaft in Afghanistan. Anknüpfend an die Empfehlungen aus Fachgesprächen sowie mehreren Gutachten konzentrierte sich die Stiftung 2002 auf dialogfördernde und koordinierende Veranstaltungen in Deutschland, unterstützte aber auch einzelne Projekte vor Ort. Zu den größeren Veranstaltungen in Berlin gehörte ein in Kooperation mit dem Bundespresseamt durchgeführter Medienworkshop, der afghanische Journalistinnen und Journalisten u.a. mit exil-afghanischen Medienschaffenden zusammenbrachte. Des Weiteren fand im Sommer 2002 im Anschluss an die Loya Jirga das zweite Koordinationsgespräch statt, an der auch die gerade ernannte Staatsministerin für Frauenfragen, Mahbooba Hoquqmal, teilnahm. Bereits im November 2001 hatte es in Berlin ein hochrangig besetztes erstes Fach- und Koordinierungsgespräch gegeben.

In Afghanistan selbst wurden drei Frauenorganisationen, darunter das *Afghan Women Resource Center (AWRC)* und die *Afghan Women Lawyers & Professionals Association (AWLPA)* unterstützt. Durch den Aufbau von Beratungszentren, durch politische Bildungsarbeit und Rechtshilfe wollen die Organisationen die politische Partizipation und die Rechte der Frauen zu stärken. Das unabhängige Medien- und Kulturzentrum *AINA* bietet mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung Weiterbildung in den Bereichen Journalismus und Film an. Gleichzeitig werden die Frauenzeitschriften *Malalai* und *Seerat* - die ersten Monats- bzw. Wochenzeitschriften für Frauen nach Sturz des Taliban-Regimes - in Kooperation mit *AINA* publiziert. Die Stiftung engagiert sich auch im Bereich Bildungsförderung, so z.B. durch einmalige Infrastrukturhilfe, wie z.B. den Bau bislang nicht vorhandener sanitärer Anlagen für Studentinnen, oder durch Lehrerausbildung in der Provinz

Kost. Auch eine Jugendkonferenz in Kabul wurde gefördert. Afghanische und exil-afghanische Jugendorganisationen diskutierten dort zu den Themen Partnerschaftsprogramme und Rück siedelungen.

Im Jahr 2003 soll die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung, die sich aufgrund der Sicherheitslage zunächst auf Kabul konzentrierte, auf die Provinzen ausgeweitet werden. Um die politische Beobachtung und die Steuerung der Arbeit gewährleisten zu können, wird es ab 2003 auch ein Büro der Stiftung in Kabul geben.

### **Der osttimoresische Außenminister und Friedensnobelpreisträger Dr. José Ramos-Horta zu Gast in Deutschland**

Ramos-Horta ist mehr als nur ein Botschafter des Friedens und der Hoffnung, ein Menschenrechtsaktivist und Entwicklungsstratege - seit Mai 2002 ist er Außenminister eines souveränen Staates: Osttimor. Doch nach einem Vierteljahrhundert des Krieges und der indonesischen Besatzung liegt das Land in Trümmern, und aller Anfang ist schwer. Daher lud die Heinrich-Böll-Stiftung den Architekten der jüngsten Demokratie der Welt nach Deutschland ein, wo er 270 Entscheidungsträgern aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft die Anliegen seines jungen Staates vortragen konnte. Neben Bundesaußenminister Joschka Fischer traf Ramos-Horta auch Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul und führte die ersten bilateralen Regierungsverhandlungen. Auf dem Programm standen unter anderem auch Gespräche mit Bundestagsabgeordneten und ein Besuch im Bundesumweltministerium. Besonders beeindruckt zeigte sich Ramos-Horta von Wirtschaftsgesprächen, in denen es um Handel, Investitionen und Technologietransfer vor allem in den Bereichen nachhaltige Nahrungsmittelproduktion sowie erneuerbare und umweltschonende Energien ging.

Bei einem politischen Dialog auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung konnte sich auch die Öffentlichkeit aus erster Hand über den schwierigen Weg Osttimors hin zur Demokratie informieren. In seiner Rede hob Ramos-Horta hervor, dass Osttimor zwar zum Erfolgsmodell für Konfliktlösung und Demokratisierung werden könne, dass dazu aber mehr gehöre als eine bewaffnete humanitäre Intervention, nämlich der Wille der Opfer- und der Täternation, noch einmal neu anzufangen, und der Mut, den Mitläufern unter den eigenen Landsleuten zu vergeben und alte politische Gräben zuzuschütten.

### **Konfliktprävention in Nigeria**

Nigeria ist ein Land mit besonders scharfen ethnisch-regionalen und religiösen Gegensätzen. Seit Herbst 2002 unterstützt das neu eröffnete Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Lagos Projekte zur Konfliktprävention auf lokaler und nationaler Ebene.

Beispiel 1: In der Millionenmetropole Lagos kam es in den vergangenen Jahren mehrfach zu schweren gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen. Unterstützt durch die Heinrich-Böll-Stiftung baut die Basisorganisation *Inter-Ethnic Forum* aus Führerinnen und Führern lokaler Organisationen Räte auf, die ein formelles Training in Konflikt-Mediation erhalten und schnell auf entstehende Krisensituationen reagieren können. Diese lokalen Räte arbeiten unabhängig von Lokalverwaltung und Polizei, kooperieren aber, wo es sinnvoll und notwendig ist, mit staatlichen Organen.

Beispiel 2: Das Unvermögen des nigerianischen Staates, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, hat sogenannte „Ethnische Milizen“ entstehen lassen, die das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellen und im Konfliktfall „feindliche“ Bevölkerungsgruppen bedrohen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt ein Projekt, in dem Strukturen und



Motivationen ethnischer Milizen untersucht und Verständigungsprozesse eingeleitet werden, die zur Entschärfung von Konflikten zwischen Milizen beitragen sollen. Beispiel 3: Die Einführung des islamischen Scharia-Strafrechts in zwölf nördlichen Bundesstaaten seit Ende 1999 hat zu politischer Polarisierung und gewaltsamen Konflikten geführt. Einzelne Urteile von Scharia-Gerichten, die grundlegende Menschenrechte von Frauen elementar verletzen, haben große internationale Aufmerksamkeit gefunden. In Nord-Nigeria selbst steht die grundsätzliche Legitimität der Scharia derzeit außer Frage; Kritik an der Scharia wird oft nur als Ausdruck anti-islamischer Polemik oder gar als „Kreuzzug des Westens“ wahrgenommen. In dieser kritischen Situation gilt es, praktische Fragen der Menschenrechte und des Zugangs zu Recht unter der Scharia in den Mittelpunkt zu rücken, ohne dabei weiter zur Eskalation der Grundsatzdebatte über die Legitimität der Scharia selbst beizutragen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt den Aufbau eines *Sharia Information and Documentation Project* in Kano sowie eine Reihe von Konferenzen und Workshops, um Frauen- und Menschenrechtsgruppen mit Spezialisten für öffentliches und islamisches Recht ins Gespräch zu bringen.

### **„Länderprogramm Russland“ der Heinrich-Böll-Stiftung**

Russland ist an einem schwierigen, möglicherweise entscheidenden Punkt in der Entwicklung zu einem demokratischen Rechtsstaat angelangt. Die Politik der „Konsolidierung des Staates“ von Präsident Putin hat zwar zu einer Stabilisierung des Landes beigetragen, aber gleichzeitig wesentliche demokratische Institute entwertet: Parlament, Presse, Wirtschaft und Justiz vollziehen zu großen Teilen die Politik des Kremls, anstatt sie zu kontrollieren. Die politischen Parteien wetteifern um die Gunst des Präsidenten

oder verharren, wie die Kommunisten, in grundsätzlicher, nicht demokratischer Opposition. Auch ist eine politische Lösung des grausamen Kriegs in Tschetschenien nicht in Sicht. In dieser Situation erweist sich die langjährige Konzentration der Heinrich-Böll-Stiftung auf die verlässliche Zusammenarbeit mit verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie *Memorial*, der *Ökologischen Baikalwelle* oder dem *St.Petersburger Center for Gender Issues* als strategisch günstig. Nach dem Bürgerforum im Herbst 2001 rückte zudem die Förderung von NGO-Koalitionen wie der *Narodnaja Assambleja* - einem Zusammenschluss von großen Netzwerk-NGOs wie eben *Memorial*, der Verbraucherschutzunion, der Moskauer Helsinki-Gruppe oder der Sozial-ökologischen Union - in den Mittelpunkt der Arbeit. Die russischen NGOs werden angesichts der teilweise autoritären Kreml-Politik, des von den meisten Menschen in Russland unterstützten Tschetschenien-Krieges und eines nur rudimentären Parteiensystems immer mehr zu einem wichtigen politischen Faktor, zur eigentlichen politischen Opposition.

Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet in den Bereichen Frauenpolitik/Geschlechterdemokratie, Ökologie und Menschenrechte/Demokratie mit führenden russischen NGOs zusammen. Hinzugekommen ist 2002 der Schwerpunkt Armutsbekämpfung. Gemeinsam mit der *Narodnaja Assambleja* versucht die Stiftung einen Beitrag zur Verkleinerung administrativer Barrieren beim Zugang zu staatlich garantierten Sozialleistungen und zum Umbau des größtenteils noch aus Sowjetzeiten stammenden und weniger an Bedürftigkeit als vielmehr am „Verdienst gegenüber Gesellschaft und Staat“ ausgerichteten Sozialsystems zu leisten.

Im April 2002 wurde die langjährige Partnerorganisation *Memorial* für ihre „Verdienste um die Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit und ihren unermüdlichen Einsatz zum Schutz der Menschenrechte“ mit dem Lew-Kopelew-Preis für

Frieden und Menschenrechte ausgezeichnet. Die Laudatio hielt Bundespräsident Johannes Rau.

Russische Projektpartner der Heinrich-Böll-Stiftung:

Memorial (auch deutsch und englisch) [www.memo.ru](http://www.memo.ru)

Narodnaja Assambleja: [www.civitas.ru](http://www.civitas.ru)

Ökologische Baikälwelle: [www.baikalwave.eu.org](http://www.baikalwave.eu.org)

Open Women Line: [www.owl.ru](http://www.owl.ru)

Ecodefense: [www.antiatom.ru](http://www.antiatom.ru)

Im September 2003 erscheint im Suhrkamp Verlag mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung das Buch „Der Krieg im Schatten. Russland und Deutschland“. Hrsg. von Florian Hassel.

„...[der Handel mit Fremdarbeitern] ist das lukrativste Geschäft in Israel. Ein Geschäft, das auf 3 Millionen \$ geschätzt wird. Leider sitzen die Drahtzieher zum Teil ganz oben. Da gibt es Interessengruppen auf höchster Regierungsebene, im Parlament, außerhalb des Parlaments, Geschäftsleute....Ich sage Ihnen, da steckt das große Geld dahinter.“  
*Ehem. Arbeitsminister Shlomo Benizir, Shas "Exposure", Israeli Broadcasting Agency Channel 1, 27.02.02*

### **Kav La'Oved - die Arbeiter-Hotline**

Das Büro in Tel Aviv der Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet seit Jahren in enger Kooperation mit der Arbeits- und Menschenrechtsorganisation Kav La'Oved. Die 1990 gegründete Organisation setzt sich v.a. für die Rechte von Fremdarbeitern mit Niedrigeinkommen ein. In Israel leben an die 300.000 Fremdarbeiter, größtenteils aus Osteuropa und Asien. Nach offiziellen Statistiken arbeiten sie im Schnitt 250 Stunden im Monat, ein israelischer Arbeiter hingegen nur 152 Stunden. Zudem kostet ein Fremdarbeiter rund 40 Prozent weniger als ein israelischer. Kav La'Oved bietet Beratung und Rechtsbeistand, hilft bei Verhandlungen mit Arbeitgebern und bei der Einreichung von Klagen vor Arbeitsgerichten. Dem Einsatz von Kav La'Oved ist es auch zu verdanken, dass die israelischen Medien mittlerweile regelmäßig über die Missstände im Zusammenhang mit Fremdarbeitern berichten und insbesondere auch das Problem der Ausbeutung der chinesischen Arbeiter an die internationale Öffentlichkeit gelangte. Ein Großteil der legal eingereisten und von chinesischen und israelischen Agenturen vermittelten Fremdarbeiter erhalten trotz bereits in China gezahlter Vermittlungsgebühren keine Arbeit in Israel oder werden von ihren angeblichen Arbeitgebern für ihre Arbeit nicht bezahlt. Häufig können sie nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren, da ihnen ihre Pässe von den Agenturen abgenommen wurden, sie meist aufgrund der Vermittlungsgebühren verschuldet sind und auch keine alternativen Arbeiten in Israel annehmen können bzw. dürfen. Im Herbst 2002 lud die Heinrich-Böll-Stiftung Tel Aviv erstmalig Mitarbeiter und Repräsentanten diplomatischer

Vertretungen in Israel ein, sich bei einem Vortrag von Roi Wagner (Kav La'Oved) über die prekäre Lage der Fremdarbeiter im Land zu informieren. Zwar ist das Problem mittlerweile in die Medien gelangt, doch fehlt es noch immer an der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft, sich dieses „internen“ Problems Israels anzunehmen.

[www.kavlaoved.org.il](http://www.kavlaoved.org.il)  
[www.boell.org.il](http://www.boell.org.il)

### **Brennpunkt: Brasilien - Die Herausforderungen und Erwartungen an den neuen Präsidenten**

#### *Veranstaltungsreihe*

Im Oktober 2002 wurde Luiz Inácio Lula da Silva von der Arbeiterpartei (PT) zum Präsidenten Brasiliens gewählt. Der neue Präsident verkörpert für viele Menschen im größten Land Südamerikas die Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft und wirtschaftlichen Aufschwung.

Anlässlich dieser Wahlen bot die Heinrich-Böll-Stiftung auf mehreren Abendveranstaltungen die Möglichkeit, mehr von der politischen Situation in Brasilien zu erfahren und mit brasilianischen Gästen zu diskutieren. Den Auftakt bildete die Podiumsdiskussion „Die Wahlen in Brasilien - Kontinuität oder Wandel?“ Die Beiträge machten deutlich, dass aufgrund der enormen Verschuldung Brasiliens der Spielraum des neuen Präsidenten zwar beträchtlich eingeengt ist, aber dennoch Chancen bestehen, lang versprochene und diskutierte Reformen - wie z.B. die Agrarreform, Reformen des Sozialsystems und des Gesundheitswesens sowie ein besserer Schutz gegen Polizeigewalt - voranzubringen. Eine andere Veranstaltung beleuchtete die Gewalt gegen Bürgerrechtler in Brasilien. Hier zeigte sich, dass besonders in den abgelegenen Regionen wie Amazonien oder dem Nordosten des Landes ein Schutz für

Menschenrechtsanwälte faktisch nicht existiert. Eine weitere Veranstaltung zu Menschenrechtsverletzungen an sexuellen Minderheiten machte deutlich, dass diesbezüglich ein Hauptproblem die Polizei selbst ist - immer wieder kommt es zu Misshandlungen von Homosexuellen durch Beamte, oder die Polizei bleibt untätig bei solchen Fällen in der Gesellschaft. Im Rahmen der Abendveranstaltung „Blequitude - Tag des Selbstbewusstseins der Schwarzen“ beschrieben die brasilianischen Gäste Sueli Carneiro, Philosophin und Leiterin des GELEDÉS-Instituts, und Luiz Alberto Oliveira Gonçalves, Professor für Pädagogik, ihre Antirassismuserbeit in Brasilien und tauschten Erfahrungen mit Berliner Expertinnen und Experten sowie Vertretern von Nichtregierungsorganisationen aus. Dass die Bundesrepublik Deutschland die Konvention zum Schutz indigener Völker immer noch nicht unterzeichnet hat, kritisierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener indigener Völker bei einer anderen Veranstaltung. „Brasil sem Fome“ (Brasilien ohne Hunger), die letzte Veranstaltung in dieser Reihe, bezog sich dann bereits auf das von Präsident Lula vorgestellte Programm gegen Hunger, das Lula als *das* Projekt seiner Amtszeit postulierte.

Zu diesem Programm gehört auch die Unterstützung der von 5000 Nichtregierungsorganisationen organisierten Initiative „Im Jahr 2005 - keine Familie ohne Wasser“. Durch den Bau von 1 Million Zisternen soll z.B. im Gebiet Sertao eine ausreichende Trinkwasserversorgung gesichert werden. Dieser Ansatz fand auf der Veranstaltung viel Sympathie. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt das genannte Ziel mit Hilfe des Projektpartners Arcas im Rahmen ihres Armutsbekämpfungsprogramms.

Infos Arcas per E-mail: [arcas@rpnworld.com.br](mailto:arcas@rpnworld.com.br)

## **Instituto de Estudos da Religião (ISER), Rio de Janeiro**

Die von staatlichen Stellen in Brasilien geführten Kriminal- und Gewaltstatistiken sind bislang unzureichend und teilweise widersprüchlich, so dass eine Analyse der Gewaltverhältnisse von der Arbeit von Nichtregierungsorganisationen abhängig ist. Deren Arbeitsergebnisse werden über die Presse an die Öffentlichkeit gebracht, um den nötigen Druck für eine politische Diskussion zu erzeugen. Das [Instituto de Estudos da Religião \(ISER\)](http://www.iser.org.br) in Rio de Janeiro führt seit mehreren Jahren Studien zum Thema „Polizeigewalt und Menschenrechte“ durch. Weniger beachtet, aber nicht minder häufig zählen auch sexuelle Minderheiten zu den Opfern polizeilicher und anderer Gewalt. In einem Kooperationsprojekt mit der Heinrich-Böll-Stiftung sammelte das Institut Informationen zum Thema **„Gewalt gegen Lesben, Schwule und Transvestiten“** in Rio de Janeiro, richtete eine Datenbank ein und gab eine Studie in Auftrag. Die beiden Autoren, Doriam Luis Borges und Caio Fabio Varela, kamen im Oktober 2002 auch nach Deutschland und stellten ihre Ergebnisse auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung vor, dabei berichteten sie auch über die in Brasilien diskutierten Strategien zur Bekämpfung von Gewalt und Diskriminierung.

[www.iser.org.br](http://www.iser.org.br)

## **Die Bundestagswahl aus transatlantischer Perspektive - Podiumsdiskussion mit US-amerikanischen Gästen**

Im Sommer 2002 sind die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA durch die unterschiedlichen Ansichten zur Irak-Krise und undiplomatischen Äußerungen deutscher Politiker einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Dies war einer der Gründe für die Heinrich-Böll-Stiftung, am Abend nach der Bundestagswahl im September zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die Bundestagswahl aus transatlantischer Perspektive“ einzuladen. Amerikanische Wahlbeobachter diskutierten ihre Eindrücke und Analysen mit Experten aus Deutschland und nahmen eine erste Wahlauswertung aus „transatlantischer Sicht“ vor.

An der Runde beteiligt waren: Todd Main (Ralph Nader 2000 Campaign for President), Kathleen A. McGinty (Al Gore's Legislative Advisor on Environmental Matters), Christian Sterzing (MdB, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Gero Neugebauer (Politikwissenschaftler FU Berlin) und Belinda Cooper (Fellow American Academy, Berlin).

Die Diskussion drehte sich anfangs um die Wahl in Deutschland und deren Bedeutung für die innenpolitische Entwicklung, führte alsbald aber auch zu einem Vergleich der beiden politischen Systeme - im Mittelpunkt die Frage: Welche Chancen zum politischen und sozialen Wandel bieten die unterschiedlichen Parteiensysteme in den USA und Deutschland insbesondere für Grüne und grünnahe Politikziele und -inhalte, bzw. was erschwert deren Realisierung? Die beiden Gesprächspartner aus den USA wiesen besonders auf die sehr eingeschränkten Möglichkeiten hin, in ihrem Land Mehrheiten für Politikalternativen zu organisieren, die in den entsprechenden politischen Gremien Chancen auf Durchsetzung hätten. Das deutsche (oder auch das europäische) Parteiensystem erschien ihnen diesbezüglich wesentlich flexibler und in seiner Agenda veränderbarer. Allerdings betonten McGinty und Main mehrfach, dass die Möglichkeiten zur politischen Einflussnahme in den USA nicht so eingeschränkt sind, wie dies auf den ersten Blick scheinen mag. Mediale und öffentliche Wirksamkeit auf kommunaler und auf Länderebene spielten eine große Rolle, ebenso wie der Einfluss großer Lobbyorganisationen und sozialer Bewegungen. Umstritten blieb auch die Bewertung der Kandidatur Ralph Naders für die Präsidentschaft: Hatte er Al Gore um den Sieg gebracht oder ist seine Kandidatur auch als eine Erweiterung der politischen Agenda zu bewerten?

Mit den *Perspektiven im grünen Format* bot die Heinrich-Böll-Stiftung im Wahljahr 2002 Berichte und Statements zu aktuellen politischen Fragestellungen an. Die *Perspektiven* erschienen in sechs Ausgaben als Beilage der *tageszeitung* und online unter [www.zukunftsgruen.de](http://www.zukunftsgruen.de)



## **ANTIRASSISMUS, MIGRATION UND DEMOKRATISCHE PARTIZIPATION**

### **Staatsbürgerschaft und Integration**

Demokratische Gesellschaften werden auch daran gemessen, mit welchen politischen und sozialen Rechten sie ihre Minderheiten ausstatten und wie erfolgreich sie diese in die Gesellschaft integrieren. In Deutschland wird zwar über kein anderes Thema mit so viel Ideologie, Emotionalität und irrationalen Argumenten debattiert und gestritten wie über Zuwanderung und Ausländerfragen, doch ist dabei selten von Integration und Rechten die Rede. Für die Heinrich-Böll-Stiftung sind diese Fragen zentrale Arbeitsfelder in der Migrationspolitik. 2002 beschäftigte sich die Stiftung in einer Reihe von Veranstaltungen mit den Rechten und Pflichten von Bürgern der Bundesrepublik, zu denen Migrantinnen und Migranten selbstverständlich gehören.

Gesetze sind unabdingbare Voraussetzungen für eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft, dennoch bleibt die Frage, welches gesellschaftliche Modell wir überhaupt wollen. Wie könnte ein neues, nicht „blutsdeutsch“, sondern „interkulturell-republikanisch“ orientiertes Staats- und Gesellschaftsverständnis aussehen und welche Voraussetzungen müssten dafür gegeben sein?

Die Tagung „Einwanderungsland Deutschland – Interkulturelle Gesellschaft und Citizenship“ am 7. Juni 2002 im Berliner Abgeordnetenhaus ging diesen Fragen nach. „Voraussetzungen für politische Identifikation und Integration sind die staatsbürgerliche, soziale und kulturelle Gleichberechtigung der Zuwanderer und der einheimischen Bürger sowie die Akzeptanz der Zuwanderer durch die Aufnahmegesellschaft“, so Prof. Dieter Oberndörfer, Vorsitzender des Rates für Migration, Freiburg. Kulturelle Integration ausländischer Zuwanderer setze voraus, dass auch ihre kulturellen Werte und Überlieferungen im Rahmen der Gesetzgebung und Verfassung ein

anerkannter Teil der Nationalkultur werden können. Konkrete Vorschläge für die Integration in der Praxis, auf kommunaler Ebene, lieferte Rosi Wolf-Almanasreh, ehemalige Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main. Zur Integration gehöre es beispielsweise, schnellstmöglich die Sprache des Aufnahmelandes zu lernen. Dazu müssten Kommunen – mit Unterstützung des Bundes und des jeweiligen Länder – Kurse anbieten, in denen erste Orientierungshilfen erfolgen, die vom Kaufen eines Fahrscheines am Automaten, vom Kennenlernen des Schulsystems bis zu Grundaussagen der Verfassung reichen können. Auch sei es erforderlich, die Kenntnisse und Fähigkeiten der Einwanderer herauszustellen und zu nutzen. Memet Kilic, Vorsitzender des Bundesausländerbeirates, wies darauf hin, dass das Ausländergesetz längst einer Überarbeitung harre: „Das geltende Ausländergesetz entspricht nicht der Realität in der Bundesrepublik Deutschland.“

### **Zukunftswerkstätten „Einwanderungsland Deutschland“: Dialog und Öffentlichkeit**

„Wer hätte 1992 gedacht, dass im Jahr 2002 der weltgrößte Rapper weiß und der weltgrößte Golfer schwarz sein würde? Rasse ist dynamisch, ändert sich schnell und das Potenzial für Veränderung ist grenzenlos.“ So voller Optimismus sah Patrick Younge, Leiter von BBC-Sport, auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in die Zukunft.

Zu ihren Aufgaben rechnet die Stiftung auch die Vermittlung von Dialogen zwischen Akteurinnen und Akteuren, die sich mit Integration beschäftigen und dafür engagieren. Zu diesem Zweck hat die Stiftung eine Reihe von „Zukunftswerkstätten“ veranstaltet – und zwar in Kooperation mit der nordrhein-westfälischen Landesstiftung, dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) und dem Institut für Journalistik der Universität Dortmund. In Zusammenhang mit dem Abbau der interkulturellen Radioprogramme

in der ARD und angesichts der mangelhaften Integration von jungen, in Deutschland geborenen und aufgewachsenen jungen Migrantinnen und Migranten in die Medien fand u.a. im Oktober eine Fachkonferenz zur „Zukunft der interkulturellen Radio- und Fernsehprogramme“ in Köln statt. An der Fachkonferenz nahmen neben den Verantwortlichen der öffentlich-rechtlichen interkulturellen Radioprogramme Deutschlands (WDR, HR, DW, BR) auch Vertreterinnen und Vertreter britischer und niederländischer Medienanstalten teil. Thomas Windgasse von der WDR-Medienforschung stellte eine Studie zur Nutzung der interkulturellen Radioprogramme vor. Diese machte deutlich, dass fast jeder zweite der Befragten eine der fremdsprachigen Sendungen kennt und dass sogar 93 Prozent der Hörer bei einer Absetzung dieser Sendung diese vermissen würden. Memet Kilic vom Rundfunkrat des SWR plädierte dafür, fremdsprachige Sendungen zu attraktiven Zeiten zu senden und sie nicht auf die Mittelwelle zu verbannen. Patrick Younge betonte schließlich die Bedeutung von *Monocultural Programmes*, da sie Minderheiten eine Ausdrucksmöglichkeit böten; auf der anderen Seite könnten so Minderheiten über die Medien erreicht werden.

### **Geschichtsbilder I - Deutsche Kolonialgeschichte: „Wer hat Angst vorm Schwarzen Mann?“**

Die Folgen der Kolonialgeschichte bedingen nicht nur die fortdauernde Hierarchisierung von Menschen und Menschengruppen, sie beeinflussen auch die Debatte um Einwanderungsgesellschaften und sind bis heute Grundlage internationaler Auseinandersetzungen. „Geschichtsbilder“ heißt eine neue Veranstaltungsreihe der Heinrich-Böll-Stiftung, die versucht, anhand deutscher Kolonialgeschichte die Entstehung bzw. Verfestigung bestimmter ethnischer und rassistischer Menschenbilder nachzuzeichnen. Auftakt war eine Abendveranstaltung unter dem Titel „Wer hat Angst vorm

Schwarzen Mann? Stereotype, Vorurteile und Realitäten von Schwarzen in Deutschland" am 10. Dezember 2002 in Berlin. Nach einem einführenden Vortrag von Prof. Bergmann, Zentrum für Antisemitismusforschung TU Berlin, über den Stand, die Aufgaben und Schwerpunkte der Vorurteilsforschung, wurde jeweils aus ost- und westdeutscher Sicht über die Wahrnehmung Schwarzer Deutscher im Alltag der beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften referiert. Dorothee Wierling, Universität Erfurt, bezog dabei den Erlebnishorizont einer westdeutschen Kindheit in den 50er Jahren ein; Peggy Pischel, Universität Leiden, analysierte den Anspruch der ostdeutschen Gesellschaft als nichtrassistisches Gegenbild zum Westen anhand der Darstellung prominenter Comicfiguren und stieß dabei auf eine Reihe rassistischer Stereotypisierungen. Die „Geschichtsbilder“ werden 2003 mit mehreren Beiträgen zu Kolonialismus, Migration, Restitutionsfragen und Dekolonialismus fortgesetzt.

### **Bürgerrechtsarbeit in Kroatien**

Am 9. November 2002, dem Internationalen Tag gegen Rassismus und Antisemitismus, veranstaltete das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Zagreb zusammen mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen eine öffentliche Kundgebung unter dem Motto „Faschismus? – Nein Danke“. Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, versammelt im „Ausschuss für Entfaschisierung“, erinnerten an die Gefahr zunehmender Intoleranz und einer „Kultur der Gewalt“. Als praktisches Beispiel der Solidarität wurden ca. 1000 Euro für die zweijährige Ahlam Tamine gesammelt. Das Mädchen, Tochter illegaler Immigranten aus dem Irak, leidet an Hydrozephalus und bedarf dringender ärztlicher Behandlung. Die Gruppe „Essen statt Waffen“ (Teil eines internationalen Freiwilligennetzwerks) teilte kostenlos Essen und Tee aus.

In Kooperation mit dem Zagreber „Bürgerausschuss für Menschenrechte“ und dem Wiener „Simon-Wiesenthal-Zentrum“ zeigte die Heinrich-Böll-Stiftung im Museum Mimara, Zagreb, die Ausstellung „Holocaust – Mut zur Erinnerung“. Die Eröffnung fand große Aufmerksamkeit, u.a. durch die Schirmherrschaft des kroatischen Präsidenten Stipe Mesic, der die Gelegenheit für eine politische Botschaft nutzte: „ (...) diejenigen, die verneinen und vergessen möchten, sind laut und aggressiv, aber sie sind dennoch in der Minderheit. (...) Wir werden die Augen vor der Wahrheit nicht verschließen. Wir werden das Verbrechen weder verbergen noch rechtfertigen – weder dasjenige von vor 50 oder mehr Jahren noch dasjenige von vor einigen wenigen Jahren“. Zahlreiche Schulklassen der Zagreber Haupt- und Mittelschulen besuchten die Ausstellung, die nachfolgend auch in anderen kroatischen Städten zu sehen war und noch gezeigt wird.

### **Landesstiftung Sachsen: Handlungsfähig gegen Rassismus und Rechtsextremismus**

Die Stärkung demokratischer Kultur und die Auseinandersetzung mit offenem und latentem Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Formen war auch im Jahr 2002 ein Arbeitsschwerpunkt des Bildungswerkes *Weiterdenken*, der sächsischen Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Bildungswerk setzt auf eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen ideologischen Versatzstücken und auf das aktive Einschreiten gegen Rechtsextreme und Rassisten. Im ländlichen Raum und in sächsischen Kleinstädten versuchen Rechtsextreme die Hegemonie in Klubs, Treffs und auf Plätzen zu gewinnen. Andersdenkende bzw. Andersaussehende verlieren die Möglichkeit, sich zu artikulieren und unbeschwert zu bewegen. Hier gibt es einen großen Bedarf an Weiterbildung. Dazu gehört z.B. der „*Trainerpool Sachsen*“. Das Ziel: einen Pool von ca. 15

Personen aufzubauen, die durch fachliche und methodische Unterstützung von seiten der Landesstiftung in die Lage versetzt werden, ihrerseits Trainings für Lehrerinnen und Lehrer, Beamte kommunaler Behörden, Sportübungsleiter etc. anzubieten und diese zu befähigen, in ihrem beruflichen Umfeld Rassismus und Rechtsextremismus frühzeitig zu erkennen und wirksam dagegen vorzugehen. Bislang wurden drei Bildungsmodule durchgeführt: eine allgemeine Fortbildung zu Techniken der Gruppenarbeit, eine Fortbildung zu Methoden des Trainings mit Multiplikatoren, und ein drittes Modul brachte die Trainerinnen und Trainer mit wissenschaftlichen Beiträgen zu Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, zu aktuellen rechtsextremen Argumentationen sowie den Trends rechtsextremer Ikonographie fachlich auf den neusten Stand. Die Reihe wird fortgesetzt.

Infos: [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

## **GESCHLECHTERDEMOKRATIE**

Geschlechterdemokratie ist ein Leitbegriff für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihr Ziel ist es, demokratische Verhältnisse zwischen Frauen und Männern herzustellen und damit gleichberechtigte Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen zu erreichen. Als sogenannte „Gemeinschaftsaufgabe“ ist Geschlechterdemokratie auch ein internes Organisationsprinzip der Stiftung, d.h. die Verantwortung für die Integration der Geschlechterperspektive in die Stiftungsarbeit wird von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Dies bedeutet eine Veränderung der Organisationskultur sowie die Übernahme fachlicher Verantwortung für das Thema in der Bildungs- und Projektarbeit der Stiftung. Die eigens eingerichtete „Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie“ begleitet, initiiert und fördert den Umsetzungsprozess in den einzelnen Bereichen und Abteilungen der Stiftung, führt aber auch eigene politische Bildungsveranstaltungen durch.

Nähere Informationen über das Konzept der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Broschüre „Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung“, die auch zum Download unter [www.boell.de](http://www.boell.de) bereit steht.

„Beispiele zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie und Gender Mainstreaming in Organisationen“  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung mit ihren Landesstiftungen. Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 3, Berlin 2003 (2. leicht veränderte Auflage), 48 Seiten

### **Geschlechterdemokratische Dialoge**

Die Reihe „Geschlechterdemokratische Dialoge“, in Kooperation mit der Wochenzeitung „Freitag“ durchgeführt, zielt auf den fachlichen Austausch mit und zwischen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik; dabei geht es um die politische Relevanz von Geschlechterdemokratie.

Die Auswahl der Themen orientierte sich im Jahr 2002 an den Ergebnissen der Fachtagung „Auf dem Weg zu Geschlechterdemokratie. Stand und Perspektiven rot-grüner Geschlechterpolitik“ vom Herbst 2001. Der mittlerweile siebte Dialog im Frühjahr 2002 widmete sich daher einer „Politik für Kinder“. Eingeladen waren u.a. Dr. Christine Bergmann, damalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sowie Dr. Fritz Kuhn, damaliger Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Christine Bergmann betonte, dass die Kinderbetreuung in den nächsten Jahren bei der Förderung Vorrang haben müsse. Fritz Kuhn warnte allerdings davor, die Debatte um eine bessere Familien- und Kinderpolitik auf die Kinderbetreuung zu reduzieren. Soziale Sicherung, gesunde Ernährung – das seien einige andere Punkte, die beachtet werden müssten. Sabine Walther, Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes, brachte noch einen weiteren Vorschlag in die Diskussion: eine Elternzeit, wie sie bereits in Schweden praktiziert wird. Einen anderen Ansatz hatte Dr. Werner Sauerborn von der Zeitschrift *Paps*. Er schlug vor, ein Referat „Geschlechterdemokratie“ beim Familienministerium zu installieren, das Männer- bzw. Väter- und Frauenpolitik zu einer Geschlechterpolitik verbindet, von der neue politische Impulse ausgehen könnten.

Politik für Kinder! Zur neuen Kinder- und Familienpolitik der Bundesregierung  
Dokumentation des 7. Geschlechterdemokratischen Dialogs der Heinrich-Böll-Stiftung am 18. April 2002 in Berlin.  
Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 2, Berlin 2002, 20 Seiten

Der achte Dialog im Juni 2002 befasste sich mit den Perspektiven und Potentialen einer erhöhten Männer-Teilzeit-Quote. Dr. Stephan Höyng von *Dissens e.V.* stellte anhand neuerer Studien die Motivation, Situation und Schwierigkeiten teilzeitarbeitender Männer vor. Er plädierte für Teilzeitarbeit, weil sich damit die gesamte Arbeits- und Lebenskultur von Männern positiv ändern würde. Irmgard



Schewe-Gerigk, frauenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, erläuterte das „Instrument der Männer-Teilzeit“ aus politischer Sicht. Sie plädierte vor allem aber für ein Elterngeld sowie eine Ausweitung des Vaterschaftsurlaubs. Im neunten und letzten Dialog ging es um „Gender Mainstreaming in der Außen- und Sicherheitspolitik“. Einleitend erläuterte Dr. Cilja Harders, Juniorprofessorin an der Universität Bochum, Analysen und Konzepte von Außen- und Sicherheitspolitik, die sowohl feministische als auch Gender-Ansätze berücksichtigen. Ein erster Schritt wäre es ihrer Meinung nach, wenn Frauengruppen in Krisenregionen als wichtige Akteurinnen ernst genommen würden. Alfred Grannas vom Auswärtigen Amt und Hans-Heinrich Wrede von der UNESCO berichteten über den Stand und die Perspektiven bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming in den jeweiligen Institutionen. Sie wiesen auf die Gefahr hin, dass Gender Mainstreaming in der Wahrnehmung auf einen formalisierten Verwaltungsakt reduziert wird, ohne die dadurch sich verändernden Politikinhalt zu erkennen.

Um die vielfältigen Aspekte von Geschlechterdemokratie in den unterschiedlichen Politikfeldern, deren Erfolge und Widerstände, Veränderungen und Entwicklungen für Interessierte festzuhalten, wurden die Dialoge dokumentiert, auch eine englische Kurzfassung ist erhältlich: Geschlechterdemokratische Dialoge. Dokumentation einer Veranstaltungsreihe Schriften zur Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 6, Berlin 2002, 112 Seiten

### **„Väter werden, Väter sein, Väter bleiben“ und „Konflikt und Geschlecht“ - zwei Fachtagungen des Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse**

Welche Bilder von Vätern, welche Konzepte von Väterlichkeit sind derzeit von Bedeutung in unserer Gesellschaft, und welche Unterschiede spielen eine Rolle? Die Vorstellungen darüber gehen zum Teil weit auseinander. Es gibt Streit auf vielen

Ebenen: um die Richtigkeit von Behauptungen, um die Tiefe von Bedeutungen, um Berechtigungen und um Rechte. Die Tagung „Vater werden, Vater sein, Vater bleiben – Psychosoziale, rechtliche und politische Rahmenbedingungen von Vaterschaft“ im Mai 2002 nahm sich des Themas an und zeigte u.a. Perspektiven auf, wie die Möglichkeiten von Vätern erweitert werden können, ohne dabei die Interessen von Kindern und Müttern aus dem Auge zu verlieren. Hintergrund war die These, dass in der öffentlichen Wahrnehmung und institutionellen Praxis die psychosozialen Bedingungen von Vaterschaft nicht hinreichend berücksichtigt werden und zudem die Akteure bzw. Institutionen die Möglichkeiten des bestehenden Rechts oft zum Nachteil von Vätern nicht ausschöpfen. Prof. Dieter Lenzen von der FU Berlin gab einen fulminanten Überblick über das Vaterbild vom Paläolithikum bis ins 20. Jahrhundert. Ernüchtert stellte er fest, dass das altchristliche Bild der „Vatersuche“ uns erhalten geblieben ist. Prof. Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit beschrieb den Prozess, durch den in den letzten hundert Jahren die allein dominierende Rolle des ehelichen Vaters zugunsten der Mutter kontinuierlich abgenommen hat. Die anderen Beiträge u.a. von Eginhard Walter, Dieter Dorn, Gerhard Amendt und Ralf Ruhl zeigten die vielfältige und mitunter auch kontroverse Sicht auf das Thema und boten allesamt Anlass für eine lebhaft geführte Diskussion.

Vater werden, Vater sein, Vater bleiben  
Dokumentation einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem „Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse“ am 24./25. Mai 2002 in Berlin.  
Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 5, Berlin 2002, 92 Seiten  
Download unter [www.boell.de](http://www.boell.de)

Die Herbsttagung befasste sich mit dem Thema „Konflikt und Geschlecht“. An sich sind Konflikte nichts Negatives – im Gegenteil, sie bedeuten zunächst nur unterschiedliche Meinungen oder Interessen und tragen das Potential für

menschliche Entwicklung und Gemeinsamkeit. Konflikte bzw. konfliktvolle Situationen werden aber unterschiedlich wahrgenommen und entsprechend unterschiedlich definiert. Lassen sich hier bedeutsame geschlechtstypische Unterschiede feststellen? Wann werden welche Konflikte wahrgenommen? Wie reagieren Männer und Frauen auf sie? Sind Konfliktanalysen und Konfliktinterventionen, besonders auch im politischen Feld, erfolgversprechender, wenn sie Erkenntnisse der Geschlechterforschung berücksichtigen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung. Dr. Christa Heilmann, Sprechwissenschaftlerin an der Universität Marburg, plädierte für neue Kommunikationsmaßstäbe, die beiden Geschlechtern die Freiheit lassen, sich „situationsadäquat“ verhalten zu können. Der Sozialpädagoge Prof. Kurt Möller betonte, dass es für das männliche Geschlecht kein typisches Konfliktmuster gebe, dass die Motive und Austragungsformen der Konflikte aber in enger Verbindung mit den Sozialisationsprozessen stünden. Und immer noch herrsche dort häufig eine Dominanz von Gewalt vor. Eben dies zu ändern – vor allem darauf müssten sich die politischen und pädagogischen Anstrengungen richten.

Konflikt und Geschlecht. Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 15./16. November 2002 in Berlin; in Zusammenarbeit mit dem Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse. Schriften zur Geschlechterdemokratie Nr. 7, Berlin, Juni 2003, 60 Seiten

Das *Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse* wird von der Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie koordiniert sowie finanziell und ideell unterstützt. Es ist ein Netzwerk von Männern aus den Bereichen Forschung, Bildung, Beratung und Politik, das seit drei Jahren halbjährliche Fachtagungen auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstaltet.

## **„Genderkompetenz durch Gendertraining“ - Weiterbildung**

Die Einführung und Umsetzung von geschlechterpolitischen Strategien in Organisationen erfordert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an „Genderkompetenz“. Sie müssen sich Wissen über die soziale und kulturelle Konstruktion von Geschlechterrollen aneignen, zur Reflexion der (eigenen) Geschlechterrollen(-bilder) fähig sein und mit deren Auswirkungen auf Kommunikation, Interaktion und Strukturen in Organisationen umgehen können. Darüber hinaus müssen sie in der Lage sein, Genderperspektiven und damit auch die Ergebnisse und Erfahrungen von genderbezogener Forschung, Beratung und Bildung in die eigene Arbeit konsequent einzubeziehen. Um solche Genderkompetenz zu entwickeln und zu fördern gibt es das Instrument der Gendertrainings. Sie dienen der Sensibilisierung zur Reflexion der eigenen Geschlechterrollen(-bilder) als auch der Fortbildung zum Erlernen der verschiedenen Umsetzungsstrategien von Geschlechterpolitik und dazu notwendiger Instrumente und Methoden. Der Bedarf an qualifizierten Gendertrainerinnen und -trainern steigt, bislang gibt es dafür jedoch keine entsprechenden Aus- oder Weiterbildungsmöglichkeiten. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat einen Trainingsansatz erarbeitet, in den viele Erfahrungen sowohl der eigenen als auch anderer Organisationen eingeflossen sind. Die berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme ist in fünf Modulen aufgebaut und befähigt die Teilnehmenden am Ende zur kompetenten Beratung bei genderspezifischen Fragestellungen in ihrem beruflichen Umfeld und zur Durchführung von Gendertrainings. Mit diesem Weiterbildungsangebot wirkt die Heinrich-Böll-Stiftung federführend an der Festlegung von bundesweiten Qualitätsstandards mit. Seit 2001 wurden in Zusammenarbeit mit den Landesstiftungen Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bereits vier Trainings durchgeführt.

Information unter: [gender@boell.de](mailto:gender@boell.de)

## ZUKUNFT DER ARBEIT UND DES SOZIALEN

### „Bürgergesellschaft und Sozialstaat“ - eine Tagung

Wie kann zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum ein konstruktives Zusammenspiel erreicht werden, in dem die Selbsthilfe und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger grundlegende Prinzipien darstellen? Dieser Frage stellten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 15./16. Februar 2002 in Berlin. Prof. Herfried Münkler von der Berliner Humboldt-Universität eröffnete die Tagung mit seinem Vortrag „Bürgergesellschaft: Friedensformel, Wunschdenken oder was sonst?“ Ein Auftakt, der provozierte - und der offen legte, dass eine Begriffsklärung dringend vonnöten ist. Münklers Konzeption von Bürgergesellschaft setzt dabei auf die Verbindung von bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Anerkennung, die für ihn als unverzichtbarer Integrationsmodus freiheitlich verfasster Gesellschaften fungiert. Diese Verbindung sieht er zudem als entscheidende Voraussetzung bei der Erziehung von Menschen zu Bürgern und der Bereitstellung bürgerschaftlichen Engagements.

Die Frage, wie der Gestaltungsrahmen für einzelne Politikbereiche aussehen müsse, um mehr Bürgergesellschaft zu erreichen, bot im weiteren Verlauf der Veranstaltung viel Diskussionsstoff, denn häufig wird Bürgergesellschaft vereinfacht gleichgesetzt mit Staatsabbau und Kostenreduzierung. Das Abschlusspodium eröffnete Dr. Lothar Probst mit der Frage „Wie viel gefühlte Bürgergesellschaft haben wir eigentlich?“ und gab den Diskutanten damit die Gelegenheit, Resümee zu ziehen und aufzuzeigen: Wo stehen wir jetzt? Und was ist zu tun, um eine Bürgergesellschaft zu fördern? Ein gelungenes Fazit der Tagung zog Adrian Reinert, Stiftung Mitarbeit Bonn: „Bürgergesellschaft ist kein Zustand, sondern ein dynamischer Prozess. Seine Grundlage bildet das

persönliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Handlungsfeldern unserer Gesellschaft“.

Bürgergesellschaft und Sozialstaat

Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 15./16. Februar 2002 in Berlin

Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 24, Berlin 2002, 88 Seiten

### **Politik für Kinder. Politik für Eltern**

*Tagung sowie weitere Veranstaltungen zum Thema Politik für Kinder*

Der Rückgang der Geburtenraten, zunehmende Kinderarmut und das unzureichende Betreuungs- und Versorgungsangebot rücken Themen rund ums Kind hierzulande in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen. Mehr Geld für Kinder fordern fast alle Parteien, doch es regt sich Widerstand: Viele Kinderlose befürchten ein Anziehen der fiskalischen Daumenschraube und halten Kinderwunsch und -erziehung für ein rein privates Risiko. Wie lässt sich ein harmonisches Zusammenspiel von Sozialpolitik und Erwerbs- und Familienarbeit bewerkstelligen? Was heißt Konzentration von Leistungen auf die wirklich Bedürftigen? Gibt es einen Paradigmenwechsel von der Familienpolitik hin zur Politik für Kinder? Wie gehen z.B. zunehmende örtliche Mobilität und zeitliche Flexibilität, die im Berufsleben gefordert werden, mit dem Leben mit Kindern zusammen? Was können Unternehmen gestalten und anbieten? Die Heinrich-Böll-Stiftung hatte Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Verbänden sowie zahlreichen Unternehmen eingeladen, ihre Vorstellungen zu präsentieren und zu diskutieren. Die Problemanalysen und Lösungsstrategien der Referentinnen und Referenten waren zum Teil sehr konträr, allesamt teilten sie jedoch die Vision einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft. Nur müssen die richtigen Schritte eingeleitet werden, um diesem Ziel näher zu kommen.

Einigkeit gab es in der Forderung, endlich die Leistungen der Transfersysteme für Kinder auch auf diese zu konzentrieren und sich von bisherigen Sozialleistungen zu verabschieden, die zwar Lebensformen von Erwachsenen mit Kindern fördern, letztere jedoch zu wenig erreichen.

Über diese Tagung hinaus gab es im Jahr 2002 noch weitere Veranstaltungen zum Thema Politik für Kinder. So beschäftigte sich beispielsweise ein *Jour Fix* mit der Frage „Eltern, Unternehmen oder Staat. Wer zahlt für die Kinder?“ Belinda Cooper vom World Policy Institute New York diskutierte mit Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin sowie Hans Bertram, Humboldt Universität Berlin, vor dem Hintergrund eines amerikanisch-deutschen Vergleichs.

In Kooperation mit der BAUM Consult GmbH gab es Workshops zu familienfreundlichen Personalstrategien für Berliner Unternehmen, die amerikanische Soziologin Arlie Hochschild stellte ihre neueste Studie vor, in der sie der Frage nachging, warum so viele Eltern über Zeitnot klagen und doch kaum familienfreundliche Arbeitszeitregelungen nutzen und die Journalistin und Autorin Susanne Mayer debattierte mit Andrea Fischer, Gesundheitsministerin a.D., und Gisela Erler, Familienservice GmbH, die Thesen ihres neuesten Buches über eine Kinder- und Familienpolitik in Zeiten leerer Kassen.

Deutschland armes Kinderland. Wie die Ego-Gesellschaft unsere Zukunft verspielt. Von Susanne Mayer, erschienen im Eichborn-Verlag, Frankfurt a.M. 2002, 268 Seiten, 17,90 EUR, ISBN 3-8218-3946-3

„Keine Zeit“ Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Von Arlie Hochschild, erschienen im Verlag Leske und Budrich, Opladen 2002, 305 Seiten, 18,00 EUR, ISBN 3-8100-3620-X

Politik für Kinder - Politik für Eltern  
Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 13./14. Juni 2002 in Berlin  
Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 23, Berlin 2002, 64 Seiten, mit Abbildungen

## **Zukunft der Arbeit: Soziale Innovationen – Zur Reform der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**

*Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit UnternehmensGrün Berlin am 2. November 2002*

„Grün und Entrepreneurship gehören zusammen“, so Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, zu Beginn der Tagung. Die Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit UnternehmensGrün (Verband zur Förderung umweltgerechten Wirtschaftens) sei deshalb nur konsequent; gerade die aktuelle Situation zeige deutlich, dass nur Konzepte nachhaltigen Wirtschaftens neue Perspektiven eröffnen. Hier könnten beide Kooperationspartner wichtige Beiträge leisten. Leider sei „grüne Wirtschaftspolitik in der öffentlichen Diskussion insgesamt wenig erkennbar“, so Edith Memmel, Vorstand von UnternehmensGrün. Die SPD und auch große Teile der Grünen hätten zu Unternehmern ein distanzierendes Verhältnis und huldigten „einer überkommenen Tradition des Etatismus“. Norbert Benschel, Personalvorstand der Deutschen Bahn AG und Mitglied der Hartz-Kommission, sowie Alexandra Wagner, Forschungsteam Internationaler Arbeitsmarkt GmbH, boten mit kontroversen Vorträgen zum Hartz-Konzept eine Vorlage für die nachfolgenden Foren, in denen u.a. Übergangsarbeitsmärkte als Wege in die Arbeit oder Work-Live-Balance-Konzepte in kleinen und mittleren Unternehmen vorgestellt und diskutiert wurden. Die Abschlussdiskussion war in zweierlei Hinsicht erhellend. Zum einen machte sie deutlich, dass die politischen Akteure die Probleme nicht länger beschönigen können – wenngleich die Diskussion zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Politik nur langsam in Bewegung kommt. Zum anderen zeigte sich, dass die offizielle Politik zwar durchaus reformbereit ist, sich gegenwärtig aber in Einzelproblemen verzettelt.



## **BILDUNG UND WISSENSCHAFT**

### **Berliner Hochschuldebatten**

Seit 1999 bieten die Berliner Hochschuldebatten Interessierten und Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ein Forum für anregende Diskussionen zum Thema Hochschulpolitik. Jenseits der üblichen Gremien und Frontlinien werden hier Menschen mit Konzepten zur zukünftigen Hochschulpolitik zusammengebracht. Diskutiert wird dabei in einer „fishbowl“ - einem runden Plenum von Expertinnen und Experten, in dem zu Beginn ein oder zwei Stühle unbesetzt bleiben. Hier können Gäste aus dem Publikum Platz nehmen, um sich jederzeit in die Diskussion einzumischen. Die übliche Trennung zwischen Podium und Publikum wird so aufgehoben und eine intensive Diskussion ermöglicht.

Mit drei Veranstaltungen wurde im Jahr 2002 die Reihe fortgesetzt.

Thema der mittlerweile zwölften Berliner Hochschuldebatte im März 2002 war die fünfte Novelle des Hochschulrahmengesetzes, die für viel Aufregung gesorgt hatte, weil der wissenschaftliche Mittelbau aufgrund neuer, restriktiver Regelungen in den befristeten Arbeitsverhältnissen um seine berufliche Zukunft fürchtete. Das böse Wort von der „Verschrottung“ einer ganzen Wissenschaftlergeneration machte die Runde. In der Debatte räumten die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwar ein, dass befristete Arbeitsverhältnisse im Wissenschaftsbetrieb durchaus sinnvoll seien, die Befristung der Lebensplanung von Wissenschaftlern, wie sie das neue Gesetz vorsehe, sei aber kontraproduktiv. Der Gewerkschaftsvertreter Karl-Heinrich Steinheimer von *ver.di* warnte davor, befristete Projektarbeit zum Regelfall für die Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb zu machen, denn was wird aus dem 45jährigen Wissenschaftler, der nach Auslaufen seines Projekts keinen Anschlussvertrag mehr

bekommt? Reinhard Loske, der bildungspolitische Sprecher der Grünen, schlug gesetzliche Übergangsregelungen vor, was mittlerweile umgesetzt ist. Die Diskussionsrunde favorisierte einhellig eine außergesetzliche Regelung – durch Tarifvertrag. Die Universitäten sollten mit ihren Beschäftigten eigenständig die Arbeitsverhältnisse aushandeln. Doch hier blockiert die Tarifgemeinschaft der Länder. Ein eigener Tarif für die Wissenschaft wäre für sie nicht kostenneutral zu haben.

Im Mai stellten die Berliner Hochschuldebatten „Prüfungen auf den Prüfstand“. Die Frage, wie an deutschen Hochschulen geprüft wird, wird selten gestellt, ist jedoch in zweierlei Hinsicht wichtig. Zum einen kommen ernsthafte Studienreformen nicht um die Frage nach geeigneten Prüfungen herum, da Studieninhalte und Lernformen in der Praxis auf vorgegebene Prüfungsordnungen reagieren und nicht umgekehrt. Zum anderen können Prüfungen selbst ein wichtiger Teil von Lernprozessen sein, in dem sie Lernfortschritte erfassen und individuelle Rückmeldungen über Stärken und Defizite liefern.

Die Praxis jedoch ist, wie die Diskussion zeigte, eher ernüchternd. Es gibt keine Standards und kaum geschulte Prüfer. „Je müder der Prof, desto besser die Note“ – wie Untersuchungen belegen. Chancen für einen allgemein bewussteren Umgang mit Prüfungen und eine Reform des Prüfwesens liegen möglicherweise in der Modularisierung des Studiums und der Einführung von BA/MA-Abschlüssen – allerdings nur dann, wenn nicht das Studium völlig mit Prüfungen überzogen und auf eine Serie von Prüfungsvorbereitungen reduziert wird. Substantielle Veränderungen sind ohnehin erst dann zu erwarten, wenn Lehren und Prüfen Relevanz in der „Reputationsmaschine“ Universität erlangen.

Zum Jahresende befassten sich die Berliner Hochschuldebatten mit einem aktuellen Berliner Thema: der Zukunft der Hochschulmedizin. Nachdem der Berliner Senat mit dem Versuch,

das Klinikum der Freien Universität zu schließen, am öffentlichen Protest gescheitert war, hatte er eine Kommission zur Strukturreform der Hochschulmedizin eingerichtet und ihr eine Einsparsumme mit auf den Weg gegeben, die den Zuschüssen für eine komplette medizinische Fakultät entspricht. Die Kommission sprach sich schließlich für eine Fusion der beiden Berliner Hochschulkliniken aus. Die Berliner Hochschuldebatten hatten Mitglieder der Expertenkommission, Vertreter aus *Charité* und *Benjamin Franklin* sowie einen Gesundheitsökonom eingeladen, um zu diskutieren, ob die Vorschläge der Kommission Modellcharakter über Berlin hinaus haben könnten. Mittlerweile wird in Berlin die Fusion der Kliniken zur autonomen *Charité - Berliner Universitätsmedizin* umgesetzt - unter der Leitung der auf der Veranstaltung ebenfalls anwesenden Ingrid Nümann-Seidewinkel. In zahlreichen anderen Bundesländern werden ähnliche Modelle angestrebt. Durch die Herauslösung der Kliniken aus den Strukturen der Universitäten erhofft man sich Effizienzsteigerungen in Lehre, Forschung und Krankenversorgung.

Informationen zu den Berliner Hochschuldebatten im Netz unter [www.hochschuldebatten.de](http://www.hochschuldebatten.de)

### **Die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung**

In ihrer neuesten Empfehlung „Professionalität und Ethos“ plädiert die Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung für eine grundlegende Reform des Lehrberufs. Die Empfehlung schließt an eine Reihe von Vorschlägen der Kommission zur Bildungsreform an. Die erste Empfehlung bezog sich auf eine Reform der „Bildungsfinanzierung in der Wissensgesellschaft“, die zweite, „Chancengleichheit oder der Umgang mit Gleichheit und Differenz“, auf eine veränderte Interpretation der Gleichheitsvorstellung im Bildungsbereich. In der dritten Empfehlung „Autonomie von Schule in der Wissensgesellschaft -

Verantwortung in der Zivilgesellschaft" wird die Forderung nach größerer Autonomie von Schulen entwickelt. Alle Empfehlungen berücksichtigen die tatsächliche Transformation zur Wissensgesellschaft und suchen eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen.

Die Wissensgesellschaft ist eine lernende Gesellschaft. Sie baut auf Eigenverantwortlichkeit der Menschen, verlangt von ihnen ein hohes Maß an Flexibilität und eine Vielfalt an Kompetenzen. Das Bildungssystem der Wissensgesellschaft setzt auf Menschen, die sich Wissen aneignen und es vermitteln, die lernen und lehren. Wenn Menschen als Lernende ihre Bildungsbiographie selbst gestalten und für ihren Bildungsprozess Verantwortung übernehmen sollen, muss die Grundlage und Motivation in einer frühen Bildungsphase gelegt sowie eine positive Einstellung zum lebenslangen Lern- und Bildungsprozess aufgebaut werden. Diese Bildungsziele erfordern, dass Lernende Subjekte ihres Bildungsprozesses werden. Daher ist es ein vorrangiger Auftrag von Pädagoginnen und Pädagogen, für Kinder und Jugendliche eine entsprechende Schule zu entwickeln und zu gestalten. Für diese Aufgaben sind sie jedoch schlecht vorbereitet. Die bisherige Stärke von Lehrpersonen liegt in ihrer Fachkompetenz und der Vermittlung von Faktenwissen, die umfassende Förderung der Kinder und Jugendlichen bleibt meist nur sekundäre Aufgabe. Es gibt bislang wenig Ansätze zur Individualisierung von Unterricht. Die Fähigkeit, Lernprozesse zu initiieren und ihre Wirksamkeit zu überprüfen, ist unterentwickelt. Nach Ansicht der Bildungskommission sollte es vorrangiges Ziel von Unterricht sein, die motivationalen und methodischen Grundlagen für Lernprozesse zu schaffen. Lehrpersonen müssen Lernarrangements organisieren und Lernprozesse unterstützen sowie moderieren. Angesichts der größer werdenden Heterogenität von Kindern und Jugendlichen wird es notwendig, mit Unterschiedlichkeit besser umgehen und individualisierende Lernsituationen herstellen zu können.

Gute schulische Arbeit zeichnet sich immer dadurch aus, dass sich Lehrpersonen für die Entwicklung der jungen Menschen verantwortlich sehen. Beratung für den Bildungsweg, die Anbahnung beruflicher Orientierung, die Kenntnisnahme persönlicher Probleme und die Vermittlung professioneller Beratung für den Berufsweg sind wichtige Aspekte der alltäglichen Arbeit. Solche erzieherischen Aufgaben werden nicht zuletzt durch den Ausbau von Schulen zu Ganztagsangeboten zunehmen. Hier können Kinder und Jugendliche mehr lernen, wenn die für sie zuständigen Personen über vielfältige Qualifikationen verfügen.

Im Mittelpunkt der Empfehlung steht die Neubestimmung der Autonomie der Schule. Schule und Lehrpersonal sollen sich als Gestalter statt als Ausführende von Vorschriften verstehen. Dies erfordert einen grundlegenden Wandel vom individualistischen Berufsverständnis zur Kooperation in der gemeinsamen Arbeit an der Schulentwicklung. Dazu kommt die bisher völlig unterentwickelte Kooperation mit den Eltern. Erziehungsziele gemeinsam auszuhandeln, Bildungsinhalte nicht nur gegenüber Schülerinnen und Schülern, sondern auch gegenüber Eltern begründen zu müssen, sich über die Auswahl von Methoden, den Angeboten in und außerhalb des Unterrichts zu verständigen, muss selbstverständlicher Bestandteil von Lehrerarbeit werden. Auch der Kooperation mit dem regionalen Umfeld muss künftig größere Bedeutung zukommen. Als Kooperationspartner kommen Betriebe, ökologische, kulturelle und soziale Einrichtungen, Kirchen und Vereine sowie Stadtteil-Initiativen in Betracht.

Für diese vielfältigen Aufgaben braucht die Schule ein Zeitbudget, über das sie verfügen kann. Lehrpersonen sollten deshalb den größten Teil ihrer Arbeitszeit an der Schule präsent sein. Nur dadurch kann es zu den notwendigen kooperativen Arbeitsbeziehungen kommen und zugleich mehr Zeit für Schülerberatung zur Verfügung stehen. Lehrpersonen

benötigen hierfür Fort- und Weiterbildung. Die sind sowohl individuelle Angelegenheit einer jeden Lehrperson wie auch – sehr viel stärker als bisher – gemeinsame Angelegenheit eines Kollegiums. Eine autonome Schule braucht ein Fortbildungsbudget, das sie zur Unterstützung ihrer eigenen Entwicklung nutzt. Die regelmäßige Teilnahme an Fortbildung sollte für Lehrpersonen verpflichtender Teil der beruflichen Qualifikation sein.

Professionalität und Ethos – Plädoyer für eine grundlegende Reform des Lehrberufs, 4. Empfehlung der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung

Mitglieder der Bildungskommission: Prof. Dr. Gerd de Haan, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Reinhard Kahl, Undine Kurth, Dr. Andreas Poltermann, Anne Sliwka, Cornelia Stern, Volkmar Strauch, Dr. Dieter Wunder, Sybille Volkholz (Koordinatorin)

Informationen unter [bildung@boell.de](mailto:bildung@boell.de)

Neuerscheinung 2002: Gut zu Wissen – links zur Wissensgesellschaft, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2002, 346 Seiten. Mit Beiträgen von André Gorz, Benjamin Barber, Nancy Fraser, Jeanette Schulz, Wolfgang Bonß, Undine Eberlein, u.a.

## **Biopolitik in der Wissensgesellschaft**

In den Debatten um Biotechnologie und die moderne Reproduktionsmedizin zeigt sich immer deutlicher, dass Wissenschaft heute nicht mehr ausschließlich oder auch nur vorrangig als Schlüssel zur Lösung von Rätseln und Bedrängnissen der Menschheit angesehen wird. Sie gilt zunehmend selbst als eine Quelle der Verrätselung und der Bedrohung. Wissenschaftliche Erkenntnisse im Bereich der Lebenswissenschaften haben heute unmittelbare soziale Konsequenzen. Deshalb sind Politiker, Wissenschaftler, Soziale Bewegungen und Bürger alarmiert und fordern dringend die Kontrolle von Forschung, die mit noch nie gesehener Vehemenz die anthropologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens und damit auch die Grundlagen gemeinsamer Menschenrechte und

universalistischer Gerechtigkeitsforderungen zur Disposition stellen.

Zusammen mit dem *European College of Liberal Arts* diskutierte die Heinrich-Böll-Stiftung daher zu Beginn des Jahres 2002 über „Anthropologische Visionen für das 21. Jahrhundert“, die der Politik und unserem Handeln im 21. Jahrhunderts angesichts der biotechnischen Revolution zu Grunde liegen sollten. Diese Revolution läuft - das wurde deutlich - nicht im luftleeren Raum ab.

Die Fachtagung „Biotechnology, Commerce, and Civil Society“, die die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut vom 5. bis 7. September 2002 in Essen durchführte, versuchte die Biotechnologie gesellschaftlich zu verorten.

Die Vorlesungsreihe „Bioethik und Biopolitik. Eine Folgenabschätzung der neuen Technologien“ an der Freien Universität in Berlin brachte schließlich Naturwissenschaft und Philosophie in Kontakt. In den Diskussion wurden Positionen aufeinander bezogen, die sich üblicherweise nur im Feuilleton der Zeitungen begegnen.

## NEUE MEDIEN

### „Digitales Urheberrecht“ und „Zukunft der Globalen Güter“

*Zwei Tagungen der Heinrich-Böll-Stiftung über den Zugang zu Wissen in der Wissensgesellschaft*

Mit der Durchsetzung der neuen digitalen Technologien hat die Regelungs- und Kontrolldichte bezüglich der Wissensbestände der Menschheit eine neue Qualität erreicht. War bislang die Nutzung von Wissen nur in Teilbereichen gesetzlich eingeschränkt, setzt sich mit TRIPS, dem für alle Mitglieder der Welthandelsorganisation verbindlichen Abkommen über geistiges Eigentum, sowie neuen Copyright- und Urheberrechtsgesetzen eine zunehmende Privatisierung bisheriger Gemeinschaftsgüter durch. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligte sich im Jahr 2002 an der Debatte über das - inzwischen vom Bundestag verabschiedete - neue Urheberrecht. Das neue Gesetz soll den rechtlichen Rahmen für Kontrollsysteme wie das *Digital Rights Management* schaffen, die Umgehung von Kopierschutzsystemen verbieten und bisher als »fair use« erlaubte Nutzungsformen für den privaten, nichtkommerziellen Gebrauch be- oder verhindern. Der Gesetzentwurf sollte eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2001 umsetzen. Die wiederum orientiert sich weitgehend am amerikanischen *Digital Millennium Copyright Act* (DMCA) von 1998 und läuft Gefahr, auch die Nebenfolgen eines rigiden Kontroll- und Verwertungsregimes zu befördern, die sich in den USA bereits abzeichnen beginnen. Dort droht das neue Copyrightregime durch seine Ausrichtung an Informationsmärkten und privaten Verwertungsinteressen den Bestand öffentlich zugänglicher Informationen (Commons) zu beschneiden und das Innovationssystem der Wissensgesellschaft zu schwächen. In den USA und Europa werden die Probleme rigider Copyright- und ausgeweiteter Patentregime seit Jahren kontrovers diskutiert. Dabei geht es nicht allein um



Vor- oder Nachteile für einzelne Interessengruppen, z.B. den Streit zwischen Verlagen und Wissenschaft oder zwischen der IT-Industrie, die auf digitale Kontrollsysteme setzt, und Content-Industrie, die gegenwärtig am liebsten beides will: Pauschalvergütung auf Kopien und Rechtekontrolle. Und es geht auch nicht um den Streit zwischen Content-Industrie und den Künstlerinnen und Künstlern, die eher am System der Pauschalvergütung festhalten wollen oder ganz neue Modelle der Direktvermarktung entwickeln. Es geht vielmehr um die Frage, ob das Ziel von Regelungen zum Schutz des geistigen Eigentums tatsächlich nur der effektiv kontrollierte Eigentumsschutz und das effiziente Funktionieren von Märkten ist oder ob solche Schutzregelungen dem Gemeinwohl und letztlich der Umsetzung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte dienen sollen.

In den letzten Jahren hat diese Auseinandersetzung Kontur gewonnen durch das Entstehen einer Bewegung, die sich für den Erhalt und den Ausbau der Gemeingüter einsetzt. Diese Bewegung macht das Interesse an kollektiven nationalen oder globalen Ressourcen gegen die private wie staatliche Ausplünderung geltend. Sie beanstandet, dass proprietäre Grenzziehungen den Bereich bisher frei zugänglicher Informations-Ressourcen verkleinern und kontrollieren und damit eine wesentliche Ressource für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Innovation verbrauchen. Aus ihrer Sicht sind rigide Systeme zum Schutz des geistigen Eigentums eine Plünderung öffentlicher Ressourcen. Ohne Schutz der informationellen Umwelt sind rigide Schutzsysteme für geistiges Eigentum eine Form von Piraterie. Ziel der beiden Tagungen war es, die Politik zum Schutz geistiger Schöpfungen und Erfindungen mit der Perspektive für die Entwicklungsbedürfnisse unterschiedlicher Länder des

Nordens und des Südens zu verknüpfen. Geklärt werden sollte, ob und wie es möglich sein wird, die globalen Güter zu sichern und auszuweiten, die digitale Spaltung mit Bezug auf den Zugang zu Information und Wissen innerhalb der Länder des Nordens und zwischen den Ländern des Nordens und des Südens zu überbrücken sowie faire Bedingungen für die Teilhabe an der Wissensgesellschaft und eine umfassende Entwicklung von Kreativität und technischer Innovation zu gewährleisten. Dies sind auch einige der Fragen, die von der Heinrich-Böll-Stiftung seit letztem Jahr in den zivilgesellschaftlichen Diskurs zur Vorbereitung auf den UN World Summit on the Information Society (WSIS) eingebracht werden. Dieser Weltgipfel findet in zwei Etappen statt: 2003 in Genf und 2005 in Tunis.

Digitales Urheberrecht. Zwischen Information Sharing und Information Control - Spielräume für das öffentliche Interesse an Wissen  
Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 26. April 2002 in Berlin  
Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 22, Berlin, Oktober 2002, 60 Seiten, mit Abbildungen

Die Zukunft der Globalen Güter in der Wissensgesellschaft. Auf der Suche nach einer nachhaltigen Politik zum Schutz des geistigen Eigentums.  
Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 8. November 2002 in Berlin  
Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 26, Berlin, Juni 2003, ca. 80 Seiten

## **SAVE PRIVACY: Grenzverschiebungen im digitalen Zeitalter –eine Konferenz**

Durch die Anerkennung des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung räumte das Bundesverfassungsgericht in den achtziger Jahren dem Schutz der Privatsphäre einen hohen Stellenwert ein. Die Bürgerinnen und Bürger sollten selbst bestimmen können, „wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß“. Doch immer leistungsfähigere IT-Systeme und Überwachungstechnologien ließen die Möglichkeiten elektronischer Aufzeichnung und Beobachtung enorm wachsen. Ist der Schutz der Privatsphäre heute überholt, weil er technisch leicht durchbrochen werden kann? Sind wir bereit, für das Versprechen öffentlicher Sicherheit den Schutz der Privatsphäre einzuschränken? Fürchten wir „Big Brother“ heute nicht mehr? Und wie erleben wir die vielen „Little Brothers“, die unser Privatleben immer mehr durchdringen? Sind wir bereit, Privatsphäre und Anonymität dagegen einzutauschen, dass man uns als Kunden die Wünsche von den Augen ablesen oder unser Wissen und Können in Qualitäts- und Wissensmanagementsystemen erst richtig würdigen kann? Diese Fragen wurden auf der Konferenz „Save Privacy“ der Heinrich-Böll-Stiftung, die in Kooperation mit dem Netzwerk Neue Medien, dem Forum der InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. und der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst im Juni 2002 in Berlin stattfand, kontrovers diskutiert. In zahlreichen Panels wie „Der Chef surft mit! Privacy am Arbeitsplatz“ oder „BürgerInnen als Laienschauspieler“, wo es um die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ging, setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Veröffentlichung des Privaten und der Ausdehnung des Öffentlichen in verschiedenen Lebensbereichen auseinander. Aber hat Privatheit noch einen Wert? „Privatheit schützt die individuelle Freiheit und Autonomie von Personen [...] das Aufgeben von Ansprüchen auf

Privatheit ist immer zugleich das Aufgeben von bestimmten Ansprüchen, frei und selbstbestimmt zu sein", so die Amsterdamer Professorin für Philosophie, Beate Rössler in ihrem Eröffnungsvortrag. Thilo Weichert, stellvertretender Landesbeauftragter für den Datenschutz in Schleswig-Holstein, betonte nachdrücklich, dass sich ohne Datenschutz politische Freiheiten wie Informations- und Meinungsfreiheit nicht bewahren lassen. Weitere Beiträge kamen u.a. von Alexander Roßnagel, Inke Arns, Hans Peter Dittler und Nils Leopold.

Save Privacy. Grenzverschiebungen im digitalen Zeitalter. Dokumentation einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 7./8. Juni 2002 in Berlin. In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Neue Medien, dem Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. sowie der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst. Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 25, Berlin 2002, 76 Seiten

## **KUNST UND KULTUR**

### **Friedensfilmpreis 2002 für „August - Moment before Eruption“**

Der Friedensfilmpreis wurde erstmalig 1986 im UNO-Jahr des Friedens ausgelobt und wird seitdem jährlich im Rahmen der Internationalen Filmfestspiele Berlin verliehen. Es werden Filme ausgezeichnet, die ästhetische Qualität mit humanem Denken, demokratischer Grundhaltung und sozialem Engagement verbinden. Der mittlerweile 17. Friedensfilmpreis ging im Jahre 2002 an Avi Mograbi für seinen Film „August - Moment before Eruption“ - ein Portrait der von Gewalt und Angst beherrschten israelischen Gesellschaft. „Ironisch und selbstironisch schafft Avi Mograbi ein filmisches Bild seines Landes, indem er theatralische Szenen mit dokumentarischen Alltagsbeobachtungen verbindet. So gelingt ihm das irrwitzige Bild einer Zeit 'kurz vor der Eruption', begründete die Jury ihre Entscheidung.

„Ich wollte einen Film schaffen, der nur aus Gewalt, Zänkerei und Ärger besteht. Denn das ist Israel“, so Avi Mograbi. Der Monat August dient ihm dabei als Metapher für alles Verabscheuungswürdige in Israel: Gewalt, Tod, Wut. Vor dem Hintergrund der aktuell dramatischen Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konflikts bekommt Mograbis Film eine besondere Brisanz. Gestiftet wird der Friedensfilmpreis von der Heinrich-Böll-Stiftung und den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) in Zusammenarbeit mit der Initiative Friedensfilmpreis. Er wird in Form einer Bronzeplastik verliehen und ist mit 5.000 Euro dotiert.

### **Der nachhaltige Filmblick (Januar bis Dezember 2002)**

Bereits im Dezember 2001 startete das von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Berliner Bildungs- und Produktivprojekt

„Der nachhaltige Filmblick“, an dem 32 Berliner Studentinnen und Studenten aus den Fachbereichen Umwelt sowie Kommunikations- und Filmwissenschaft teilnahmen. Gemeinsam mit Fachleuten aus Film und Wissenschaft entwickelten sie neue Lernformen für Schüler und Studenten, um ihnen Probleme im Bereich Energie und Verkehr besser nahe bringen zu können. Die neuen Lernformen orientieren sich dabei in starkem Maße an der bekannten Ästhetik von Werbung, Waren, Videoclips sowie Umweltfilmen, die jedoch Nachhaltigkeit in der Regel ausklammern. Das Ziel des Projekts war die Verbindung von „bekannter“ Ästhetik und „vergessener“ Nachhaltigkeit. Ergebnis ist ein neuartiger, interdisziplinärer Studiengang für Universitäten und Filmhochschulen. Darüber hinaus entstanden Experimentiervideos, drei Profi-Videos für Schulen und Jugendclubs sowie ein Filmspot für die Kinovorschau, die über die Stiftung ausgeliehen werden können. Die Themen Energie und Verkehr – verknüpft mit einer „Ästhetik der Nachhaltigkeit“ – werden so dargestellt, dass junge Leute einen leichten Zugang zu Umweltthemen finden.

[www.nachhaltiger-filmblick.de](http://www.nachhaltiger-filmblick.de)

## **Heinrich Böll i m Kino - Filmreihe vom 10. bis 30. Dezember 2002**

Am 10. Dezember 2002 jährte sich zum 30. Mal die Verleihung des Literaturnobelpreises an Heinrich Böll. Aus diesem Anlass und wegen des bevorstehenden 85. Geburtstags des Schriftstellers präsentierte das Berliner Kino Arsenal in Zusammenarbeit mit dem Verein „Freunde der deutschen Kinemathek“ eine Reihe von Filmen, die auf Romanen oder Erzählungen Bölls basieren. Darüber hinaus wurden Fernsehfilme sowie Dokumentationen über und Fernsehberichte von Heinrich Böll gezeigt.

Die Filme aus verschiedenen Epochen sowie zu unterschiedlichen Themen machten das breite Spektrum des Schaffens Heinrich Bölls sowie seine politische Haltung zu Krieg, Terrorismus, Karrieristentum, Nachkriegszeit deutlich. Einige der Fernsehfilme wurden bislang in Deutschland selten gezeigt und stellen damit eine Besonderheit dar. Darunter so interessante Filme wie „Ende einer Dienstfahrt“ (Hans Dieter Schwarze, 1971), „Doktor Murkes gesammeltes Schweigen“ und „Doktor Murkes gesammelte Nachrufe“ mit Dieter Hildebrandt (Rolf Hädrich 1964 u. 1965).

### **Heinrich Böll - Leer nos hace rebeldes (Lesen macht rebellisch)**

Im Dezember 2002 erschien eine Sonderausgabe der *Ediciones Boell*, die eine kurze Biographie Heinrich Bölls, Auszüge seines literarischen Werkes sowie einige Beispiele seines politischen Engagements umfasst. Zudem stellt das Buch eine Verbindung des Autors zu dem öffentlichen und literarischen Leben Lateinamerikas her. Die Publikationen der Reihe *Ediciones Boell* werden vom Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung in San Salvador herausgegeben.

Leer nos hace rebeldes. Compilado por Birgit Arnhold. Ediciones Boell, San Salvador 2002, 180 páginas, ISBN 99923-35-05-X

### **„Köln liest Böll“**

Wenige Wochen vor Heinrich Bölls 85. Geburtstag am 21. Dezember 2002 wurden im Festsaal des Wallraf-Richartz-Museums in Köln die ersten drei der auf insgesamt 27 Bände angelegten Kölner Ausgabe der Werke Heinrich Bölls der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu den Veranstaltern zählte die Heinrich-Böll-Stiftung, die zusammen mit der Erbegemeinschaft Heinrich

Böll, dem Verlag Kiepenheuer & Witsch sowie dem Heinrich-Böll-Archiv der Stadt Köln zu den Förderern der Ausgabe gehört. Der Festakt erinnerte auch an den 20. Jahrestag der Verleihung der Ehrenbürgerschaft Kölns an Böll und den 30. Jahrestag der Nobelpreisverleihung am 10. Dezember 1972. Aus diesem Grund gab es zudem eine Reihe von Lesungen mit Unterstützung zahlreicher Institutionen (WDR, Stiftung Kunst und Kultur, Italienisches Kulturinstitut), Buchhandlungen und Künstler. In der mit großem Medieninteresse begleiteten Auftaktveranstaltung bezeichnete Bundeskanzler Gerhard Schröder Heinrich Böll als ein „Vorbild an Zivilcourage“, einen Dichter und Bürger, der den drängendsten Problemen seiner Zeit eine Stimme gab.

In den nachfolgenden Veranstaltungen lasen u.a. die TV-Journalisten Klaus Bednarz und Fritz Pleitgen aus bisher unveröffentlichten Briefen und Texten Heinrich Bölls und Lew Kopelews. Der Journalist Rupert Neudeck wählte für seine Lesung die Kriegsbriefe Bölls. Zu weiteren Lesungen luden unter anderem ein: Günter Wallraff, Osman Okkan, Emine Sevgi Özdamar, Wolfgang Niedecken und viele andere mehr. Den Abschluss bildete eine Matinee mit den Schauspielern Hannelore Hoger und Mario Adorf sowie dem Ensemble des Kölner Schauspielhauses.

### **Zum Geburtstag von Heinrich Böll: Aktivitäten in Bosnien und Herzegowina**

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte und der bereits erwähnten Jahrestage zur Erinnerung an Heinrich Böll lud das Stiftungsbüro in Sarajevo Viktor Böll, Direktor des Heinrich-Böll-Archivs der Stadt Köln und Neffe des Nobelpreisträgers, zu einer Vortragsreihe nach Sarajevo, Tuzla und Bijeljina ein. In den Vorträgen ging es nicht nur um das schriftstellerische Werk, sondern vor allem um Bölls Einsatz



für die Menschenrechte. Die zentrale Veranstaltung in Sarajevo bot auch die Gelegenheit, den neuen Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung ihre Stipendienurkunden und das Buch „Suche nach dem Leser“, eine Reihe von Erzählungen Bölls, zu überreichen. Die Übersetzung dieses Buches hatte das Regionalbüro Sarajevo gefördert. Besondere Aufmerksamkeit erfuhr die Veranstaltung am 9. Dezember 2002 zur Eröffnung der Ausstellung „Heinrich Böll – Leben und Werk“ in der Stadtbibliothek Bijeljina (Republika Srpska), die in Zusammenarbeit mit dem Helsinki-Komitee für Menschenrechte durchgeführt wurde. Einige Monate zuvor war es in Folge einer ebenfalls gemeinsam organisierten Podiumsdiskussion zur jüngsten Vergangenheit an diesem historisch durchaus belasteten Ort zu verbalen Ausfällen und sogar zur Bedrohung eines Diskussionssteilnehmers gekommen; daraufhin hatte die Leiterin der Bibliothek sich in einem Zeitungsartikel von der Veranstaltung distanziert. Die Präsentation der Böll-Ausstellung und der Beitrag Viktor Bölls in diesem öffentlichen Raum war daher sehr erfreulich – und gibt Hoffnung für eine produktive Auseinandersetzung mit konfliktreichen Themen in der Zukunft.

### **Heinrich-Böll-Haus Langenbroich**

Seit Gründung des Heinrich-Böll-Hauses Langenbroich im Jahre 1989 konnten inzwischen 101 Künstlerinnen und Künstler aus 29 Ländern in das ehemalige Wohnhaus der Familie Böll eingeladen werden. Die Kooperation mit dem Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich und dem Land Nordrhein-Westfalen ermöglichte es den Gästen, für einige Zeit ungestört, finanziell abgesichert und frei von staatlicher Kontrolle oder Verfolgung arbeiten zu können. Zusätzlich konnte 2002 die Zusammenarbeit mit dem deutschen und einigen internationalen PEN-Zentren fortgesetzt werden.

Aus der großen Zahl von Veranstaltungen im vergangenen Jahr sind folgende hervorzuheben:

- Im Mai 2002 in Kooperation mit dem *Kreis der Freunde und Förderer der Villa Aurora* die Podiumsdiskussion „Schriftsteller unter Druck in der islamischen Welt“ in Berlin, anlässlich des 69. Jahrestages der Bücherverbrennung, u.a. mit Aftab Husain,
- Im September 2002 die erste „Matinee der Poesie“ auf Schloss Burgau in Düren, mit Lyrikern aus den Niederlanden, Belgien und Deutschland; das Heinrich-Böll-Haus plant, diese Matinee im Zweijahresrhythmus fortzusetzen.
- Im Oktober 2002 die internationale Tagung „Écrivains en exil - La littérature réprimée“ in Lyon, veranstaltet vom Goethe-Institut Inter Nationes in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich zusammen mit dem algerischen Stipendiaten Mohamed Magani.
- Im November 2002 die Lesung „Die Sprache als Hort der Freiheit - Erfahrungen mit der Literatur im Exil“ von Dragoslav Dedovic und Jovan Nikolic, ehemals Stipendiaten des Böll-Hauses, im Rahmen der Veranstaltungswoche „Köln liest Böll“.

### **Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2002**

**Sarita Jenamani**, indische Schriftstellerin und Lyrikerin (Jahrgang 1972). Sie schreibt in Oriya, ihrer Muttersprache, in Orissa, einer regionalen Sprache, sowie in Hindi, der nationalen Sprache Indiens. Ihre erste Gedichtsammlung „Ghas Kabaro“ (The grave of grass) erschien 1996 in Oriya, wofür sie 1997 den „Mahila Lekakh Songh Award“ erhielt. Die erste Gedichtsammlung in Hindi „Dhumd Ke Aar-Paar“ (Across the Mist) wurde 1998 in Neu Delhi veröffentlicht. Sie übersetzte u.a. Rose Ausländer, Milan Kundera und Federico Garcia Lorca ins

Oriya. Ihre eigenen Gedichte wurden in viele Sprachen übersetzt.

**Vasile Baghiu**, Schriftsteller, Lyriker und Journalist aus Mastacan/Rumänien (Jahrgang 1965). Vasile Baghiu arbeitet als medizinischer Assistent. Sein gesamtes literarisches Werk ist durch die Erfahrungen seiner fünfjährigen Tätigkeit in einem Lungensanatorium geprägt. Nach dem Sturz Ceausescus 1989 veröffentlichte er seine Poesie, Romane, Essays und Literaturkritiken in verschiedenen Tageszeitungen und literarischen Zeitschriften und gab insgesamt fünf Gedichtbände heraus, darunter 1998 sein „Manifestul himerismului“ (Chimärismus, ein Manifest), das eine neue Richtung in der rumänischen Poesie eröffnete. Für seine literarische Arbeit erhielt er u.a. 1995 den Preis des internationalen Poesiefestivals „Sighetu-Marmatiei“. Als Vorsitzender von „Memoria“, Vizepräsident des „Alianta Civica“, Mitglied der „Academia Civica“ und des „Museums des anti-kommunistischen Widerstandes und der Opfer des Kommunismus“ ist er in der Bürgerrechtsbewegung aktiv.

**Dr. Bosko Tomasevic**, Schriftsteller, Lyriker und Literaturwissenschaftler aus der Vojwodina (Jahrgang 1947). Tomasevic lebt seit Jahren im Exil. Er ist u.a. Mitglied der „Europäischen Akademie für Wissenschaften, Kunst und Literatur“ (Paris) und der „Neuen Gesellschaft für Literatur“ (Berlin). Neben seiner Tätigkeit als Gastdozent an verschiedenen europäischen Universitäten veröffentlichte Bosko Tomasevic seit 1988 zahlreiche Gedichtbände. Zuletzt erschien: „Verspäteter Bericht an eine Akademie“, eine Erzählung, in der er experimentell und gleichzeitig beängstigend real eine Kartographie des Todes seiner durch Kriege zerstörten Heimat im ehemaligen Jugoslawien erstellt.

**Agus R. Sarjono**, Lyriker und Publizist aus Bandung/Indonesien (Jahrgang 1962). Sarjono gehört zu den populärsten Autoren der jüngeren Generation in Indonesien und markiert mit seiner Lyrik den Wertewandel in einem Land, das seinen Weg in die

Demokratie sucht. Als Publizist, Mitherausgeber des wichtigen Literaturmagazins „Horizon“, Präsident des nationalen Literaturkomitees und Lehrer am nationalen Theater-Institut hat Sarjono großen Einfluss auf die aktuellen Debatten in seinem Heimatland. Sarjonos Gedichte fehlen in kaum einer der wichtigen Anthologien. Im Jahre 2001 erschienen in Indonesien die ersten Einzelbände Sarjonos: „Discourse Community of Indonesian Literature“ und „Language and Hollands Cookies“.

**Aleksandar Dimitrijevic**, Bildender Künstler aus Novi Sad/Jugoslawien (Jahrgang 1955), M.A. an der Belgrader Akademie der Bildenden Künste seit 1988. Ausgewählte Einzelausstellungen u.a. „The Mondrian Project“, Belgrad 1992; „Full metal jacket, soft core“, Wien 1998; „The Loop“, New Orleans 1999.

Neben den Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung waren im Haus Langenbroich auch Künstlerinnen und Künstler zu Gast, die durch den Böll-Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert wurden:

**Nizar Nayouf**, syrischer Schriftsteller und Journalist (Jahrgang 1962). Als Mitglied des „Unabhängigen Komitees für die Verteidigung der Demokratischen Freiheit und der Menschenrechte“ in Syrien und Herausgeber der Monatszeitschrift „Sawt-al-Demokratiyya“ (Demokratische Stimme) wurde Nayouf 1992 inhaftiert. Nach 9 Jahren Haft wurde er im Mai 2001 entlassen, um sich in Frankreich medizinisch behandeln zu lassen. 1999 bekam Nizar Nayouf den Menschenrechtspreis von „Reporter ohne Grenzen“.

**Leisolla Jalal Habibi**, iranischer Schriftsteller (Jahrgang 1959). Leisolla Habibi schreibt in Persisch und seiner Muttersprache Talysh. Seine Gedichte, Artikel und Kurzgeschichten wurden in verschiedenen Zeitungen und Magazinen veröffentlicht.

**Mohamed Magani**, algerischer Schriftsteller (Jahrgang 1948). Er verließ Algerien als politisch verfolgter Schriftsteller im Juni 1995 und lebte für vier Jahre als „Writer in Residence“ und Gast des DAAD in Berlin. Seit 2002 arbeitet er wieder als Dozent an der Universität Algier. Sein Roman „Die Ästhetik des Metzgers“ ist 1998 erschienen.

**Aftab Hussain**, pakistanischer Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Journalist (Jahrgang 1962). Hussain schreibt in Urdu, Punjabi und Hindi. Seine Lyrik wurde in mehrere Sprachen übersetzt. Bekannte pakistanische und indische Interpreten vertonten seine Poesie. Im März 2000 ging er, verfolgt vom pakistanischen Geheimdienst, ins indische Exil. Er hatte Gedichte des indischen Premierministers Atal Behari Vajpayee in die pakistanische Amtssprache Urdu übersetzt und veröffentlicht. Vermittelt durch die UNHCR, den Internationalen PEN und den Deutschen PEN wurde er ins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich eingeladen.

**Salem Zenia**, algerischer Schriftsteller und Journalist (Jahrgang 1962). Zenia ist ein bekannter Vertreter der berberisch/masirischen Kulturbewegung, die sich gegen eine ausschließlich nationale und arabische Kultur und Identität in Algerien auflehnt. Sein jüngster Roman „Iyil d wefru“ (Le sabre et le goupillon) erschien Anfang 2003. Salem Zenia schreibt in Amazigh, der kabylich-berberischen Sprache. Aus diesem Grunde und wegen seines Engagements für die Menschenrechte in Algerien werden seine Werke dort bislang nicht veröffentlicht.

#### **Agus R. Sarjono**

##### HEIMLICHE NOTIZEN

Zu meinem Frühstück gibt's wie immer: Tropische Wälder mit Mayonnaise, serviert auf feinstem Porzellan. Dazu natürlich Schulkindersteaks.

Auf Arbeiterschweiß on the rocks verzichte ich. Arbeiter nämlich zeigen heutzutage zuviel Wut und Grimm, ihr Schweiß wird säuerlich davon, und meinem Magen würde das nur schaden.

Ich flöte vor mich hin. Am liebsten würd ich ja Gedichte schreiben: über den Morgentau, über die Strahlen der Sonne im Blättergeflecht, über die

sanften Wellen am weißen Strand. Doch leider  
muss ich noch so viele Vorgänge abzeichnen. Ich weiß,  
da geht's zum Teil auch um dich, um deine Existenz.  
Ach, verzeih, ich habe immer so viel zu tun, mir bleibt ja  
kaum noch Zeit. Deshalb sind wir uns so fremd geworden,  
und ich habe dich fast aus den Augen verloren. Neulich  
hörte ich, dass du glücklich bist und verliebt. Von  
einem Teller esst ihr beiden und führt in der ärmlichen Hütte  
frohgemut ein Tänzchen auf. Ja, auch Tränen feiern Feste.  
Wie schön das ist! Ach, ich kann nicht bei euch sein  
und das alles miterleben. Meine Tage sind so ausgefüllt,  
und dauernd muss ich Pläne schmieden: Wie gelange ich  
am besten an dein Land und seine Ressourcen.  
Allzu schwierig sollte es nicht sein, schließlich hatten  
deine Ahnen mir das alles auch schon willig überlassen.  
Übrigens, wenn wir uns irgendwann einmal begegnen sollten,  
dann behaupte nicht, dass du mich kennst. Ich bin nur  
eine Illusion, eine bloße Fiktion, tief im Ozean  
deines Hungers, deines Glücks. Bin nur  
ein Traum, und im Morgengrauen löse ich mich auf.  
Doch sei auf der Hut, sonst  
könnte auf der Speisekarte  
meines Abendmahls  
ganz plötzlich  
auch dein Name stehn.

(1994) Aus dem Indonesischen von Berthold Damshäuser. Abgedruckt mit  
freundlicher Genehmigung der Edition Galrev, dort erschienen im Band  
„Frische Knochen aus Banyuwangi“ (Berlin, 2002).

## **STUDIENWERK**

### **Nachwuchsförderung**

Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Graduierte aller Fachrichtungen und Nationalitäten, die überdurchschnittliche wissenschaftliche Leistungen mit der nachweisbaren Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftspolitischer Verantwortung und einer aktiven Auseinandersetzung mit den Zielen der Stiftung verbinden. Dabei ist die Stiftung einem Bildungsbegriff verpflichtet, der Ausbildungsqualifikation, interdisziplinäre und interkulturelle Bildungsperspektiven mit dem Anspruch auf Persönlichkeitsbildung verbindet. Mit dieser Verpflichtung und ihrer Realisierung in Förderpolitik und Förderprogrammen trägt die Heinrich-Böll-Stiftung und hier insbesondere das Studienwerk zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und zum Dialog zwischen Politik und Wissenschaft bei.

Vor diesem Hintergrund fördert die Heinrich-Böll-Stiftung aktiv und gezielt

- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte aus unterschiedlichen Perspektiven und Fachrichtungen heraus zu den Schwerpunkten der Stiftung beitragen;
- Stipendiatinnen und Stipendiaten, deren Themenstellungen und Studienschwerpunkte zur fachübergreifenden Diskussion zwischen Technik- bzw. Naturwissenschaften und Sozial- bzw. Geisteswissenschaften beitragen;
- Frauen bzw. Nachwuchswissenschaftlerinnen;
- Programme, die Wissenschaft und außeruniversitäre Praxis ins Verhältnis setzen;
- Programme, die den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik anregen.

Das hauptamtliche zwölfköpfige Team des Studienwerks in der Heinrich-Böll-Stiftung, das die Nachwuchsförderung konzipiert, umsetzt und begleitet, wird von einer großen Anzahl ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt: von etwa 200 Vertrauensdozentinnen und -dozenten, dem Fachbeirat Studienwerk, den verschiedenen Auswahlgremien wie den Mitbestimmungsgremien der Stipendiatinnen und Stipendiaten. Im Jahr 2002 konnten 132 Studierende in die Studienförderung und 78 Promovierende in die Promotionsförderung aufgenommen werden, davon 184 aus den Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und 26 aus den Mitteln des Auswärtigen Amtes. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen ein und drei Jahren. In Russland unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung zudem seit mehreren Jahren zusammen mit ihrem Moskauer Büro und russischen Partnerorganisationen ein Sur-Place-Stipendienprogramm zur Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. 28 thematisch eingegrenzte Stipendien zu den Forschungsbereichen Repressionsgeschichte, Menschenrechte und neuere soziologische Fragestellungen werden jeweils für anderthalb Jahre vergeben und durch ein wissenschaftliches und kulturelles Austauschprogramm begleitet.

Neben den Kernaufgaben der Nachwuchsförderung - Stipendienvergabe, Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten, Begleitprogramm - lag im Jahr 2002 ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit auf dem Ausbau bestehender sowie dem Aufbau neuer Promotionskollegs und Themenschwerpunkte in der Promotionsförderung. Das zweite „Gunda-Werner-Promotionskolleg“ in Kooperation mit Hochschullehrerinnen der Universität Bremen sowie dem Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung wurde zum Thema „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten“ ausgeschrieben. Weitergeführt wurde auch die Zusammenarbeit



mit der Grünen Akademie, wo Promovierende ihre Forschungsarbeiten einem akademischen Kreis präsentieren und damit die Diskussionen in der Grünen Akademie bereichern. Fünf neue Stipendien zum Themenschwerpunkt „Zur Verfaßtheit der Wissensgesellschaft“ konnten in diesem Rahmen ebenfalls im Jahr 2002 ausgeschrieben werden.

### **Austauschprogramme**

Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu befördern ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. So hatten auch im Jahr 2002 Stipendiatinnen und Stipendiaten die Gelegenheit, eine Sommerschule in St. Petersburg zu besuchen. Die Sommerschule bietet einen dreiwöchigen Russisch-Sprachkurs in Verbindung mit einem umfangreichen Begleitprogramm, das Einblick in das politische und kulturelle Leben des modernen Russlands gewährt. Zudem gab es für einige die Möglichkeit, an der Jahreskonferenz der zentralamerikanischen Sur-Place-Stipendiatinnen und Stipendiaten teilzunehmen, die unter dem Thema „Biodiversität“ im September in Mexiko stattfand.

Der wissenschaftlich-politischen Netzwerkbildung dient ferner das mittlerweile schon traditionelle Internationale Bundestagspraktikanten-Programm, vom Studienwerk in Kooperation mit der Grünen Akademie und gemeinsam mit wechselnden Länderbildungswerken der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt. Vorzugsweise Graduierte, die eine internationale Karriere auf Regierungsebene bzw. im öffentlichen Sektor anstreben, arbeiten in diesem „Internship-Programm“ einige Zeit lang im Büro eines bzw. einer Bundestagsabgeordneten. Das Einführungs- und Begleitprogramm umfasst auch Seminare anderer politischer Stiftungen mit dem Ziel, einen breiten Einblick in das politische System bzw. Leben in der

Bundesrepublik zu geben. Kontaktmöglichkeiten zur grünen Politik gehören ebenfalls zum ideellen Begleitprogramm.

Einen Überblick über Probleme, Handlungsfelder und Perspektiven deutscher Entwicklungszusammenarbeit gaben die Referentinnen und Referenten unterschiedlicher Fachdisziplinen und Institutionen auf den Entwicklungspolitischen Diskussionstagen, die das Studienwerk in Kooperation mit dem Seminar für Ländliche Entwicklung der Humboldt Universität im März 2002 veranstaltete. Der Workshop „Transnationale Vergesellschaftung“ – eine Kooperationsveranstaltung mit dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Gesamthochschule Kassel – lotete neue grenzüberschreitende Vergesellschaftungsformen und Lebenspraxen aus und leistete damit einen Beitrag zur Debatte um Interkulturalität.

Der mittlerweile fünfte *SommerCampus* des Studienwerks in Bad Bevensen bot wieder verschiedene, auch in stipendiatischer Eigenregie durchgeführte Seminare und Qualifikationsveranstaltungen an und stellt mit seinem vielfältigen Programm den jährlichen Höhepunkt der ideellen Förderung dar. Dem Ausbau von Schlüsselqualifikationen, vor allem für Promovierende, trug das stipendiatische Begleitprogramm im Jahr 2002 besonders Rechnung. Es gab Workshops zu Präsentationstechniken und wissenschaftlichem Schreiben; und auch der im Vorjahr eingeführte Workshop der „angeleiteten kollegialen Beratung“ fand wieder regen Zuspruch. Hier soll der Individualisierung des „Projekts Dissertation“ oder „Studienabschluss“ entgegengewirkt werden.

Das Studienwerk setzt auf die Mitwirkung und Partizipation seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten. Während des *SommerCampus* und des Grundseminars werden sie aufgefordert, eigene Seminarideen zu präsentieren und entsprechend umzusetzen. Eigene Forschungsarbeiten werden vorgestellt,

politisch aktuelle Themen zu Fragen der Ökologie und Nachhaltigkeit, Feminismus oder Migrationspolitik im Rahmen von selbstorganisierten Arbeitsgruppen diskutiert. Stipendiatische Gruppen arbeiteten kontinuierlich und in Eigenregie zu Themen wie „Identität und Nation“, „Politische Ökologie“ oder „Wissenschaftsbilder“ u.a. Die Arbeit der AG „Polymorph“, die sich mit Fragen von Transgender/Intersexualität und *queer theory* beschäftigt, fand in der Tagung „(K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive“ im Herbst 2002 und in der gleichnamigen Publikation der Diskussionsergebnisse zwei vorläufige Höhepunkte. Eine eigene stipendiatische Zeitschrift „Diskus“, die von Stipendiatinnen und Stipendiaten konzipiert, redigiert und inhaltlich gestaltet wird, erscheint ein bis zwei Mal jährlich, im Jahre 2002 mit einem Heft zum Schwerpunktthema „Amerika“.

„(K)ein Geschlecht oder viele? Transgender in politischer Perspektive“. Herausgegeben von polymorph im Querverlag, Berlin 2002, 264 Seiten, 15,50 € ISBN 3-89656-084-0

## **Kooperationen**

Das Studienwerk legt auch in Zukunft großes Augenmerk auf den Ausbau eines internationalen Kooperationsnetzwerks. Dazu gehört u.a. die Zusammenarbeit mit Hochschulen, die Kooperation mit anderen Förderwerken im Rahmen des Begleitprogramms und der Austausch von Praktikantinnen und Praktikanten. Innerhalb der Stiftung kooperiert das Studienwerk insbesondere mit dem Programmteam Bildung und Wissenschaft zu hochschul- und wissenschaftspolitischen Fragen. Die Konzeption und Umsetzung eines *follow up*-Programms gehört ebenso zu den vorrangigen Zielen. Im Jahre 2002 wurden die ersten Schritte für ein

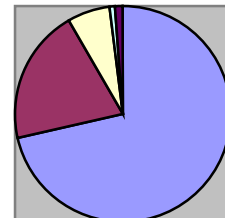
systematisch aufgebautes „Ehemaligen-Programm“ eingeleitet; die Stiftung will mit den Stipendiatinnen und Stipendiaten über deren Förderzeit hinaus in einem produktiven Gedanken- und Ideenaustausch bleiben.

## Mittel

Die Arbeit des Studienwerks wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums des Innern (BMI) in nachfolgender prozentualer Verteilung finanziert. Zusätzliche Mittel seitens der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg (Senat HH) kamen im Jahre 2002 noch hinzu.

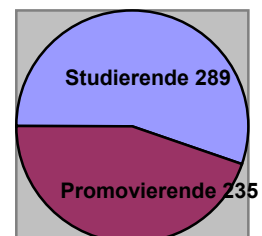
### Verteilung Finanzierung:

BMBF	72,48%	2.861.642,89 €
AA	20,69%	816.896,10 €
BMI	6,48%	255.825,54 €
Senat HH	0,18%	7.158,00 €
Eigenmittel	0,17%	6.635,00 €
<b>Gesamt</b>		<b>3.948.157,53 €</b>



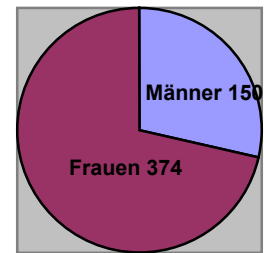
### Verhältnis Studierende/Promovierende:

Studierende	289
Promovierende	235



**Verhältnis Männer / Frauen unter den geförderten Stipendiaten  
und Stipendiatinnen:**

Männer	150 (29 %)
Frauen	374 (71 %)



## GRÜNE AKADEMIE

Die Grüne Akademie ist das im Jahre 1999 gegründete Forum der Heinrich-Böll-Stiftung zur Diskussion aktueller theoretischer und politischer Fragen.

Im vergangenen Jahr begann eine neue Arbeitsphase, und die Akademie gab sich ein neues Dachthema. Auf einer Tagung zu Beginn des Jahres entschieden sich die Mitglieder nach Kurzvorträgen von Dr. Willfried Maier, Prof. Frank Nullmeier und Dr. Andreas Poltermann für „Die Verfasstheit der Wissensgesellschaft“. Diese soll aus unterschiedlichen Perspektiven untersucht werden: Zur Diskussion stehen das gesellschaftstheoretische Konzept der Wissensgesellschaft wie z.B. die Fragen, ob die Wissensgesellschaft eine historische Entwicklungsstufe markiert, oder ob „Wissensgesellschaft“ eher eine analytische Kategorie ist und wie sich diese abgrenzen lässt etwa von der Markt-, Industrie- oder Informationsgesellschaft. Ist Wissen tatsächlich zu *der* einen entscheidenden gesellschaftlichen Produktivkraft geworden oder handelt es sich hierbei um eine Behauptung, die vor allem so genannte Wissensarbeiter gerne vertreten, um die eigene Sache zu stärken?

Weitere Reflexionen widmen sich der Ökonomisierung von Wissen und seinen Folgen. Zu denken ist dabei etwa angesichts von TRIPS und GATS an die Fragen, wie sich der freie Zugang zu Wissen und Information sichern lässt, welche Verteilungsprobleme die zunehmende Kommerzialisierung von Wissen mit sich bringt, und welchen neuen Anforderungen sich auch die Individuen zu stellen haben.

Wissenschaftsinstitutionen und ihre Aufgaben in der Wissensgesellschaft will die Akademie ebenso untersuchen wie die politischen und normativen Fragestellungen nach der Regulation und Steuerung gesellschaftlicher Prozesse in einer Zeit der weltweiten Vernetzung von Märkten.

Aus den Reihen der Akademiemitglieder haben sich drei Projektteams gebildet, die sich diesen Fragestellungen gezielt widmen und Veranstaltungen für alle Akademiemitglieder vorbereiten.

Der offizielle Einstieg in die Arbeit unter dem neuen Dachthema war im Juni eine Tagung zur Ökonomisierung des Wissens. Prof. Martin Heidenreich eröffnete mit einem an der Systemtheorie ausgerichteten Vortrag über den Begriff der „Wissensgesellschaft“. Schwerpunkte der Tagung bildeten die Strukturreformen des Hochschulwesens und die Diskussionen um die Patentierung von Wissen und seine nationalen wie internationalen Auswirkungen. Referenten aus dem Kreis der Akademiemitglieder (Dr. Frieder O. Wolf, Prof. Rainer Kuhlen, Prof. Ulrich K. Preuß, Dr. Ulrike Riedel) und externe Wissenschaftler (Dr. Gerd Grözinger, Dr. Achim Seiler) umrissen das schwierige Thema des Eigentums von Wissen. Der Vortrag einer Akademie-Stipendiatin über neue Formen der wissenschaftlichen Politikberatung ergänzte das Programm. Ein von den neuen Vorstandssprecherinnen der Akademie, Prof. Simone Dietz und Dr. Tine Stein, konzipiertes Treffen im Oktober widmete sich der Politik in der Wissensgesellschaft. Anknüpfend an Thesen der viel diskutierten Friedenspreis-Rede von Jürgen Habermas wurde nach dem „Common sense als Hüter der menschlichen Natur“ gefragt. Die Forschungsergebnisse der Biowissenschaften betreffen unmittelbar unser Selbstverhältnis als Menschen und beeinflussen die Art und Weise, wie wir uns selbst und in unserem Verhältnis zueinander sehen. Die philosophisch und politisch außerordentlich spannende und kontroverse Debatte suchte den Ort des Common sense in normativer und empirischer Hinsicht zu bestimmen und die Spannung von Wissen und Glauben auszuloten. Mit einer Ausnahme referierten ausschließlich Akademiemitglieder: Dr. Gabriele Abels, Prof. Christina von Braun, Prof. Simone Dietz, Dr. Tine Stein, PD Dr. Otto Kallscheuer, Thomas Saretzki).

Im Oktober 2002 fand das erste Stipendiatentreffen der Akademie statt, zu dem Gäste aus dem Kreis der Akademiemitglieder und weitere Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung eingeladen waren. Unter dem Motto „Ein Blick zurück und zwei nach vorn“ gab es am ersten Abend einen Erfahrungsaustausch. Am zweiten Tag stellten die Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Dissertationsprojekte vor und diskutierten diese in Hinblick auf mögliche Verknüpfungen mit der „Wissensgesellschaft“. Ein Brainstorming zur Vorbereitung der Sommerakademie 2003 rundete das Treffen ab.

Im März 2002 konnte die für den September 2001 geplante USA-Reise in kleinerer Form nachgeholt werden. Arnim von Gleich, Rebecca Harms, Ulrike Riedel und Ralf Fücks vertraten die Akademie auf der Tagung „Living with the genie – Governing the Scientific and Technological Transformation of Society in the 21<sup>st</sup> Century“ an der Columbia University in New York. Vorgestellt wurden u.a. Thesen des Memorandums der Akademie „Das gute Leben“. Die Beiträge der Akademiemitglieder stießen auf großes Interesse, und die entstandenen Kontakte konnten für die im Herbst 2003 stattfindende Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung zur Bioethik und Biopolitik genutzt werden.

Das vergangene Jahr war für die Grüne Akademie ein Jahr des Umbruchs. Die Mitgliederzahl wurde um ca. 20 auf 65 erhöht und ein neuer Akademievorstand gewählt. Das Engagement der ehrenamtlich arbeitenden Mitglieder ist naturgemäß schwankend – Zeit ist nun mal eines der kostbarsten Güter der viel gefragten Akademiemitglieder. Dass sich dennoch etliche nicht nur die Zeit für den Besuch der Akademieveranstaltungen nehmen, sondern auch interessante Veranstaltungen konzipieren, spricht durchaus für die Attraktivität des Diskussionsforums und grünen „think tanks“.

[www.gruene-akademie.de](http://www.gruene-akademie.de)



## FEMINISTISCHES INSTITUT

Die zentralen Ziele des Feministischen Instituts (FI) blieben auch im Jahr 2002: die politische Präsenz von Frauen stärken, Politikberatung anbieten, Politikformen reflektieren, innovative feministische Ansätze und Forschungsperspektiven in politische Praxis transportieren, nationale und internationale Frauennetzwerke fördern. Weiterhin blieb GLOW, ein virtuelles Informations- und Bildungsangebot für Frauen weltweit, ein Schwerpunktprojekt des Feministischen Instituts. Nach einem neu entwickelten Cost-Sharing-Modell führte das FI zwei Online-Seminare in Kooperation mit der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg und der Fachhochschule in Eisenstadt durch. Dafür wurde die GLOW-Plattform ausgebaut, auf der nun bis zu zehn Seminare parallel laufen können. Die in GLOW enthaltenen Datenbanken und Vernetzungsangebote erfuhren eine Erweiterung und Aktualisierung. Insbesondere wurden die FI-Aktivitäten dort verstärkt dokumentiert, Materialien zu Workshops und Veranstaltungen können heruntergeladen werden. Zur theoretischen Untermauerung und Weiterentwicklung feministischer Perspektiven im Hinblick auf die globale virtuelle Kommunikation erschienen die Ergebnisse des bereits 2001 durchgeführten Kongresses „feminist\_spaces im Netz. Diskurse, Communities, Visionen“ im Herbst 2002 als Buch.

feminist\_spaces

Frauen im Netz: Diskurse - Communities - Visionen

Mit Beiträgen u.a. von Wendy Harcourt, Manuel Castells, Gillian Youngs, Amy Bruckman, Mercy Wambui, Helga Braun u.a. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Feministischen Institut im Ulrike Helmer Verlag Königstein/Ts. 2002, 178 Seiten EUR 15, ISBN 3-89741-110-5

Auch für den *Green Ladies Lunch* (mit Claudia Roth als Schirmfrau) gab es im Jahr 2002 eine Fortsetzung. Das Treffen dient der Vernetzung, dem Informationsaustausch und der politischen Meinungsbildung zwischen engagierten Frauen aus

grünen und anderen frauenpolitischen Zusammenhängen. Der mittlerweile 9. Ladies Lunch im Februar widmete sich dem Thema „Im Spiegel der Medien – Kommunikationsstile der Geschlechter in der Politik“. Im Juni ging es um das „Schlusslicht Deutschland – Care-Ökonomien im europäischen Vergleich“ und das dritte Treffen im November befasste sich mit den Koalitionsvereinbarungen der Bundesregierung unter frauenpolitischen Gesichtspunkten. Unter Beteiligung von bislang acht Landesstiftungen startete in Anlehnung an das Berliner Konzept der „Ladies Lunch on Tour“ – in den meisten Bundesländer ging es dabei um arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Themen.

Eine Fortsetzung fand auch das Gunda-Werner-Promotionskolleg „Organisationsreform und Geschlechterdemokratie im globalen Kontext“ in Kooperation mit dem Studienwerk. Die wissenschaftliche Betreuung lag bei Prof. Dr. Ilse Lenz, Universität Bochum, und Prof. Dr. Ursula Müller, Universität Bielefeld. Insgesamt sieben Stipendiatinnen wurden in diesem Rahmen gefördert, eine Stipendiatin schloss ihre Promotion mit Erfolg ab.

Ein zweites Gunda-Werner-Kolleg mit dem Themenschwerpunkt „Genderdynamiken in gewaltförmigen Konflikten“ wurde ausgeschrieben. Es wird in Kooperation mit der Universität Bielefeld (PD Dr. Christine Eifler), assoziiert mit der Fachhochschule Regensburg (Prof. Dr. Ruth Seifert), ab 2003 durchgeführt.

Die Veranstaltungsreihe „Menschenrechte – Frauenrechte“ konzentrierte sich aufgrund der veränderten gesellschaftspolitischen Bedingungen nach dem 11. September 2001 auf den Aspekt „Friedens- und Sicherheitspolitik aus feministischer Perspektive“. Hierzu veranstaltete das Feministische Institut in Fortsetzung seiner Kooperation mit

der *Frauenaktion Scheherazade* am 14. und 15. November 2002 einen Workshop unter dem Titel „Frauen und Sicherheit – Brauchen wir einen Weltfrauensicherheitsrat?“ mit internationalen Expertinnen. Die Beiträge der meisten Expertinnen zeigten, dass die bestehenden Institutionen und Einrichtungen bzw. UN-Beschlüsse bisher nicht ausreichen, um die zugestandenen Beteiligungsrechte von Frauen wirksam werden zu lassen. Dazu müsse verstärkt von verschiedenen Seiten Druck auf die Institutionen ausgeübt werden. In der Diskussion kristallisierte sich eine deutliche Mehrheit für die Idee eines Weltfrauensicherheitsrates heraus, wenngleich die daran geknüpften Erwartungen sehr unterschiedlich waren. Das Plenum votierte am Ende fast einhellig für einen „Weltfrauensicherheitsrat in Gründung“.

Tagungsdokumentation: Frauen und Sicherheit. Brauchen wir einen Weltfrauensicherheitsrat? Herausgegeben vom Feministischen Institut der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2003, 116 Seiten

Vom 18. November bis 17. Dezember 2002 organisierte das Feministische Institut zusammen mit dem Asienreferat der Stiftung sowie in Kooperation mit der TU Berlin ein Besucherprogramm für Frauen von der Universität Kabul. Das Programm vermittelte den Gästen aus Afghanistan Grundkenntnisse im Bereich Computertechnik und „e-learning“. Für zwei der Frauen organisierte das FI eine Reise durch Deutschland, um ihnen einen Einblick in verschiedene frauenpolitische Projekte und die Struktur der Frauenförderung an deutschen Hochschulen zu ermöglichen.

Im September 2002 führte das Feministische Institut in Anknüpfung an eine erste gesundheitspolitische Veranstaltung im Jahr zuvor und in Kooperation mit der Brustkrebsinitiative e.V. die Veranstaltung „Brustkrebs – mehr als eine diagnostische Herausforderung“ mit sechs Expertinnen durch, u.a. mit Dr. Annegret Bayerl, Brustkrebsinitiative e.V., und

Prof. Ingrid Schreer, Mammazentrum Kiel. Die Veranstaltung bildete den Auftakt für eine bundesweite Kampagne zur Verbesserung der Brustkrebsvorsorge und Behandlung, an der sich viele gesellschaftliche Gruppen beteiligen.

Weitere Informationen unter [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)

## **ARCHIV GRÜNES GEDÄCHTNIS**

Das Archiv Grünes Gedächtnis hat die Aufgabe, die Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihrer gesellschaftlichen Grundströmung zu bewahren, zu erschließen und der wissenschaftlichen Forschung und interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Nach dem Umzug von Bornheim (bei Bonn) nach Berlin konnte am 31. Januar 2002 die Wiedereröffnung des Archivs gefeiert werden. Die Arbeitsplatzsituation ist für die Besucher im Lesesaal des Archivs und nicht zuletzt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den neuen Räumen in Berlin-Friedrichshain erheblich besser als am alten Standort. Das Kerngeschäft ist natürlich dasselbe geblieben: die Bewahrung, Erschließung und das Zur-Verfügung-Stellen der Archivalien. Die Zahl der Nutzungen des Archivs ist mit jährlich ca. 1.000 in etwa konstant geblieben.

Die einzelnen Archivierungsprojekte füllen stets den größten Teil der Jahresplanung aus. Soweit die Projekte sich auf Archivalien von Bundestagsabgeordneten oder der Fraktion beziehen, erhält das Archiv für die Bearbeitung eine Projektförderung aus Mitteln des Deutschen Bundestages. Die Archivierungsprojekte im vergangenen Jahr waren die Bearbeitung der Korrespondenz von Petra Kelly, der Deposita der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels und Manfred Such, des Fraktionsbestandes der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen der Jahre 1990-94, der Akten des Kuratoriums für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder und des Depositums der Aktivisten der Anti-AKW- und der Friedensbewegung Eva Breuer und Wolfgang Müller-Breuer. Weitere Archivierungsprojekte im vergangenen Jahr waren der Aufbau des Systemstellenkatalogs der Bibliothek und die Katalogisierung und Erschließung von Buch- und

Zeitschriftenbeständen, die Erfassung, Sicherung und Zugänglichmachung von audiovisuellen Archivalien, die Erschließung von Plakaten sowie die Überarbeitung der Datensätze für die geplante Internet-Präsentation der archivischen Findmittel.

Das Archiv hat im Jahr 2002 Vorträge, Seminare und Führungen veranstaltet, in deren Zentrum der Beitrag des Archivs zur zeitgeschichtlichen Forschung und zur politischen Bildung stand, darunter ein Vortrag von Robert Camp über Petra Kelly als Korrespondentin.

Archiv Grünes Gedächtnis, Eldenaer Str. 35, 10247 Berlin, E-mail: [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de), Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)  
Öffnungszeiten des Lesesaals: Montag, Dienstag, Donnerstag: 9-17 Uhr,  
Mittwoch: 12-20 Uhr, Freitag: 9-16 Uhr

## **AUS DER STIFTUNG**

### **Kommunalpolitische Infothek - Kommunales Fachinformationssystem im Internet**

Seit Januar 1999 betreibt die Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit mehreren Kooperationspartnern die „Kommunalpolitische Infothek“, ein Fachinformationssystem im Internet. Wichtigster Bestandteil ist eine öffentliche Datenbank, die Fachtexte zu über 30 Sachgebieten der Kommunalpolitik, Literaturhinweise und Rezensionen sowie Internet-Adressen bereithält. Auch aktuelle Nachrichten können nachgelesen werden. Darüber hinaus sind interaktive Elemente im Aufbau, die es ermöglichen, Kontakte zu Fachleuten zu knüpfen sowie an Diskussions- und Beratungsforen teilzunehmen. Ebenfalls begonnen wurde mit dem Aufbau des „Glossars“, einem Nachschlagewerk kommunalpolitischer Fachbegriffe.

Die Infothek richtet sich nicht nur an „Profis“ (wie Mitglieder von Kommunalvertretungen, Beschäftigte in Verwaltungen), sondern an alle, die sich als Betroffene, als Lehrende und Lernende oder einfach aus politischem Interesse mit kommunalen Themen beschäftigen. Ziel ist, die oft komplizierten fachlichen Hintergründe der Politik verständlich zu machen und damit mehr Beteiligung und Einmischung von unten zu ermöglichen.

Wichtigstes Projekt im Jahr 2002 war die Umstellung auf ein „Content Management System“ (Redaktionssystem). Damit ist ein verteiltes Arbeiten möglich, d.h., Kooperationspartner können selbst ihre Inhalte in die Infothek stellen. Diese Umstellung, die einem technischen Neuaufbau des Projektes gleichkommt, war im Herbst 2002 abgeschlossen. Sie war verbunden mit einer Überarbeitung der Struktur und einer übersichtlicheren Navigation.

Ohne fachlich versierte Kooperationspartner wäre ein solch anspruchsvolles Projekt nicht möglich. An erster Stelle ist

hier die Fachzeitschrift „Alternative Kommunalpolitik“ zu nennen, die seit 20 Jahren die grün-alternative Politik vor Ort fachlich begleitet und unterstützt. Sie zeichnet für die Mehrzahl der Fachtexte und für die Nachrichten verantwortlich. Wichtige Partner sind auch der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR e.V.) und verschiedene grün-alternative kommunalpolitische Vereinigungen.

Im Jahr 2003 werden eine Fachkommission „Stadtentwicklung“ und ein Arbeitskreis zur Reform der Gemeindefinanzen die kommunalpolitische Arbeit der Stiftung unterstützen.

[www.kommunale-info.de](http://www.kommunale-info.de)

Gerald Munier und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Kriminalität und Sicherheit - Neue Herausforderungen für Städte und Gemeinden. Berlin 2002, 208 Seiten, € 10,-, ISBN3-927760-41-2. Mit Beiträgen u.a. von Anne Lütkes, Rolf Gössner und Hubert Wimber

### **Heinrich-Böll-Stiftung eröffnet Länderbüro in Nigeria**

Am 8. Oktober 2002 wurde das neue Länderbüro Nigeria in Lagos offiziell eröffnet. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt bereits seit Mitte der neunziger Jahre - zur Zeit der Militärregierung - Menschenrechtsorganisationen in Nigeria. Nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie 1999 beschloss die Stiftung die Ausweitung ihrer Aktivitäten im bevölkerungsreichsten und (nach Südafrika) auch wirtschaftlich wichtigsten Land Afrikas. Nach Johannesburg und Nairobi ist dies der dritte Standort auf dem Kontinent.

Ein Schwerpunkt der Arbeit in Nigeria liegt auf der Förderung von Menschenrechten, insbesondere der politischen und sozialen Rechte von Frauen. Dazu gehören beispielsweise Programme, die auf den Abbau „traditioneller“ Formen von Frauendiskriminierung hinwirken, etwa beim Erbrecht. Außerdem unterstützt das Büro in Lagos Bildungsmaßnahmen, die die nigerianische Zivilgesellschaft zur kritischen



Auseinandersetzung mit staatlicher Wirtschafts- und Entwicklungspolitik befähigen sollen. Thematisiert wird dabei zum Beispiel die pan-afrikanische „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“ (NEPAD), aber auch die Privatisierungspolitik der nigerianischen Regierung. Darüber hinaus fördert das Büro Maßnahmen zur Konfliktprävention auf lokaler und nationaler Ebene.

### **Heinrich-Böll-Stiftung erhält Auszeichnung vom Foro Ecológico Juchiteco in Mexiko**

Mehrere Jahre lang hat die Heinrich-Böll-Stiftung die Arbeit des *Foro Ecológico Juchiteco* (Ökoforum Juchitán) unterstützt. Seitdem entstanden eine Kompostierungsanlage, eine Baumschule und eine Werkstatt, in der beispielsweise Kinder eigenhändig Papier aus Altpapier herstellen. Für diese Arbeit zeichnete das Ökoforum nun, zwei Jahre nach Auslaufen der Kooperation und gleichsam als Beleg für den nachhaltigen Ansatz des Projekts, die Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2003 aus. Eine traditionelle Zeremonie bildete den festlichen Rahmen für die Überreichung einer Urkunde und der Biongo-Bronzeplastik an Marina Sandoval, Mitarbeiterin der Stiftung im Regionalbüro El Salvador. Der Biongo ist übrigens ein vom Aussterben bedrohter Baum der Region.

### **Anklage gegen die Heinrich-Böll-Stiftung und andere deutsche Stiftungen in der Türkei**

Für einige Verwunderung, aber auch Aufregung sorgte im vergangenen Jahr eine Anklage vor dem türkischen Staatssicherheitsgerichtshof gegen die Heinrich-Böll-Stiftung sowie andere politische Stiftungen aus Deutschland wegen angeblicher Spionage und Geheimbündelei. Dabei stützte sich

die Anklage weitgehend auf die Unterstellungen und Erfindungen in einem Buch. Am 4. März 2003 erfolgte für alle Angeklagten der Freispruch vor dem Gericht in Ankara – und zwar wegen erwiesener Unschuld. Die Stiftungen können nun wieder unbehelligt ihrer Bildungsarbeit mit ihren türkischen Partnern nachgehen. Die Heinrich-Böll-Stiftung dankt ihren Partnern für die Unterstützung und das in sie gesetzte Vertrauen.

### **Verabschiedung von Hema Goonatilake**

Dr. Hema Goonatilake aus Sri Lanka hat fast 7 Jahre lang das Länderprogramm der Heinrich-Böll-Stiftung für Kambodscha aus einem kleinen Büro in Phnom Penh betreut. Ende Dezember wurde sie in Kambodschas Hauptstadt mit einer kleinen Feier in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Nachdem die Stiftung schon im Jahr zuvor von Roshan Dhunjibhoy Abschied nehmen musste, geht mit dem Weggang von Hema Goonatilake eine Ära der Asienarbeit zu Ende.

### **Fundraising**

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im vergangenen Jahr Neuland betreten – und zwar mit ihrem Fundraising-Projekt. Der Einführung auf dem Spendenmarkt ging eine Analyse und die Entwicklung einer Strategie voraus, die den Besonderheiten einer parteinahen Stiftung Rechnung trägt, deren Arbeit der breiten Öffentlichkeit weniger vertraut ist. Die Analyse ergab: Die Stiftung wird vor allem mit Engagement, Glaubwürdigkeit und Sachkompetenz verbunden, insbesondere in den Bereichen Umweltpolitik sowie Menschen- und Frauenrechte. Auf der Basis dieser Analyse begann Ende letzten Jahres ein 15monatiger Testlauf mit zwei Mailing-Aktionen an jeweils 7.000 Personen mit Affinität zu Frauen- und Umweltprojekten.

Eine abschließende Bilanz kann noch nicht gezogen werden. Aber es zeigt sich, dass es nicht leicht ist, die komplexe Arbeit der Stiftung in prägnante und überzeugende Bilder zu transferieren.

### **Nachruf auf Heinz Kotte**

Am 18. Mai 2003 starb Heinz Kotte, von 1992 bis 1998 Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung, nach langer Krankheit im Alter von 67 Jahren. Heinz Kotte ging nach Tätigkeiten als Kaplan und Religionslehrer im Jahre 1968 als Sanitäter des Malteserhilfsdienstes nach Vietnam. Seine Erfahrungen dort machten ihn zu einem vehementen Kriegsgegner. In den Jahren 1977 bis 1982 betreute er in Deutschland ausländische Studenten. Mitte der 80er Jahre ging er nach Manila und blieb dort mehrere Jahre. Sein Buch „Parlament der Straße“ ist das Zeugnis seiner Zeit auf den Philippinen. Dort lernte er auch seine Frau kennen, die Journalistin Emmalyn Liwag. In den Jahren bei der Heinrich-Böll-Stiftung betreute er das Projekt Mediawatch, eine Initiative zur Beobachtung der Berichterstattung über die sog. Dritte Welt. In den letzten Jahren reiste er wieder nach Südostasien, daraus entstanden Bücher über Vietnam und Laos (zusammen mit Rüdiger Siebert). Heinz Kottes sanftes und empathisches Wesen sowie seine Ausdauer und sein Engagement bleiben unvergessen.

### **Nachruf auf Willi Hoss**

Am 20. Februar 2003 starb Willi Hoss in Stuttgart. Bundesweit bekannt mit seiner „Plakat“-Gruppe und als oppositioneller Betriebsrat bei Daimler-Benz in Stuttgart-Untertürkheim stieß Willi Hoss Ende der 70er Jahre zu den Grünen. Er war Mitbegründer der Partei und von 1983 bis 1990 mit einem Jahr

Unterbrechung (wegen der Rotation) für sie im Bundestag. Willi Hoss war zudem Mitgründer der Heinrich-Böll-Stiftung und hat ihren Weg von den Anfängen 1987 bis heute aktiv begleitet. Von 1993 bis zur Neukonstituierung der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin im Juni 1996 war er Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der „alten“ Heinrich-Böll-Stiftung in Köln.

Willi Hoss verstand Ökologie in einem umfassenden Sinne als Gerechtigkeit gegenüber Natur *und* Mensch. Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Armutsbekämpfung schloss er daher bei diesem Thema mit ein und plädierte dafür, „Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen“. Mit dem Projekt POEMA (Armut und Umwelt in Amazonien) hat er in die Tat umgesetzt, wovon er sprach. In Zusammenarbeit mit der Universität in Belém in Nordbrasilien brachte er 1992 seinen früheren Arbeitgeber Daimler-Benz dazu, in das Projekt POEMA zu investieren, um Nutzungsmöglichkeiten für Kokosfasern bei der Autoherstellung zu entwickeln und gleichzeitig mit neuen Wasserleitungssystemen sauberes Wasser für Siedlungen im Regenwald bereitzustellen. Was viele damals für blanken Idealismus hielten, hat sich inzwischen für die Einwohner zu einer sicheren Existenzgrundlage und für den Konzern DaimlerCrysler zu einem „High Tech“-Projekt für nachwachsende Rohstoffe entwickelt.

In den letzten zwei Jahren arbeitete Willi Hoss mit der Landesstiftung in Baden-Württemberg im Rahmen des Schulprojektes „Armut und Umwelt in Amazonien“ eng zusammen. Einige Schulen konnte er dafür gewinnen, Patenschaften mit Dörfern im Regenwaldgebiet zu übernehmen, um für die Kosten von Wassersystemen zu sammeln. Auch nach seinem Austritt bei den Grünen 2001 (wegen deren Zustimmung zum Afghanistan-Krieg) blieb Willi Hoss bis zuletzt Mitglied der Heinrich-Böll-Stiftung. Beharrlich stritt er dafür, trotz pragmatischer Politik nicht die Vision für eine gerechte und menschliche Welt zu verlieren. Dafür ist ihm die Stiftung sehr dankbar.

Sein kritischer Geist, seine Wärme und Menschlichkeit werden  
ihr fehlen.

## **GREMIEN**

(Stand: Juni 2003)

### **Mitgliederversammlung**

Margarete Bause, Lukas Beckmann, Kambiz Behbahani, Birgitt Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Maren Bock, Viktor Böll, Dr. Barbara Böttger, Reinhard Bütikofer, Gisela Erler, Dr. Gernot Folkers, Jürgen Gneiting, Winfried Hamann, Monika Hantschick, Dr. Cilja Harders, Annette Hecker, Antje Hermenau, Peter Hettlich, Dorothea Höck, Georg Hörnschemeyer, Christiane Howe, Michaele Hustedt, Irmgard Jochum, Ali Kuhlmann, Uta Leichsenring, Kordula Leites, Reinhold Mau, Christoph Meertens, Brigitte Moritz, Christiane Overkamp, Dr. Pino Olbrich, Dr. Lothar Probst, Gabriele Rosenbaum, Heide Rühle, Jörg Sauskat, Dirk Scheelje, M. Max Schön, Kristina Steenbock, Dr. Tine Stein, Edda Stelck, Gerda Stuchlik, Malti Taneja, Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Dr. Elisabeth Weber, Reinhard Weißhuhn, Dr. Christine von Weizsäcker, Volker Wiedersberg

### **Aufsichtsrat**

Maren Bock, Reinhard Bütikofer, Gregor Enste, Jürgen Gneiting, Antje Hermenau, Christoph Meertens, Kristina Steenbock, Edda Stelck, Gabriele Tellenbach

### **Frauenrat**

Gisela Breil, Maria Brosch, Gülay Gaglar,, Dr. Cilja Harders, Dagmar Hirdes, Christiane Howe, Dr. Liane Möller, Jeanett Kipka, Irene Reifenhäuser, Alena Wagnerova-Köhler,

### **Koordinationsgremium des Förderkreises**

Christian Holtgreve, Mechthild M. Jansen, Helga Metzner, Eva Quistorp, Edda Stelck

### **Mitglieder Grüne Akademie**

Dr. Gabriele Abels, Prof. Dr. Marie-Theres Albert, Prof. Dr. Joan Martinez Alier, Biggi Bender, Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birthler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Mercedes Bunz, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Wolfgang Coy, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Rainer Emschermann, Prof. Dr. Gisela Färber, Andrea Fischer, Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Boris Groys, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Rebecca Harms, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Otto Kallscheuer, Dr. Manuel Kiper, Dr. Cornelia Klinger, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Dr. Rainer Land, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Dr. Hendrik Milting, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Dr. Shalini Randeria, Prof. Dr. Jens Reich, Ulrike Riedel, Prof. Dr. Raúl Rojas, Prof. Dr. Arno Rolf, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Peter Siller, Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Beatrix Tappeser, Wolfgang Templin, Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Prof. Dr. Harald Wagner, Dr. Frieder Otto Wolf.

### **Mitglieder der Kuratoriums des Feministischen Instituts**

Delal Atmaca, Dr. Mechthild Bereswill, Juliane Freifrau von Friesen, Adrienne Goehler, Renate Künast, Dr. Claudia Neusüss, Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Margery Resnick, Viola Roggenkamp, Claudia Roth, Alena Wagnerova, Gitti Hentschel (Koordinatorin)

Der **Fachbeirat Nord-Süd** sowie der **Fachbeirat Europa/Transatlantik** befindet sich im Aufbau

### **Fachbeirat Studienwerk**

Theresia Bauer, Grietje Bettin, Prof. Dr. Gundrun Ehlert,  
Gernot Folkers, Prof. Dr. Gert Jannsen, Dr. Jan Hans, Prof.  
Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Prof. Dr. Gerhard Kockläuner,  
Christine M. Merkel, Prof. Dr. Birgit Menzel, Prof. Dr. Chirly  
Santos-Stubbe, Dr. Karin Widmeyer

### **Fachkommission Bildung**

Prof. Dr. Gerd de Haan, Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Reinhard  
Kahl, Undine Kurth, Dr. Andreas Poltermann, Dr. Anne Sliwka,  
Dr. Simone Schwanitz, Cornelia Stern, Volkmar Strauch, Dr.  
Dieter Wunder, Sybille Volkholz (Kordinatorin)

### **Fachkommission Stadtentwicklung**

Franziska Eichstädt-Bohlig, Prof. Dr. Hartmut Häußermann, Dr.  
Christine Hannemann, Philipp Oswalt, Maxi Malzahn, Carsten  
Meyer, Gisela Nacken, Dr. Klaus-Martin Groth, Hep Monatzeder,  
Joachim Stein, Prof. Dr. Dieter Läßle, Carola Scholz, Prof.  
Dr. Detlef Ipsen, Brigitte Karhoff, Winfried Hamann, Dr.  
Thomas Rommelspacher, Klaus Habermann-Nieße, Andreas  
Feldtkeller, Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Rainer Bohne, Dr.  
Brigitte Dahlbender, Prof. Dr. Martin Junkernheinrich

### **Fachkommission Wirtschaftspolitik**

befindet sich im Aufbau



## **ADRESSEN (STAND JUNI 03)**

Heinrich-Böll-Stiftung  
Rosenthaler Straße 40/41  
10178 Berlin  
Tel.: 030-285340  
Fax: 030-28534109  
E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

Archiv Grünes Gedächtnis  
Eldenaer Straße 35  
10247 Berlin  
Tel.: 030-28534260  
Fax: 030-28534-5260  
E-mail: [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de)

## LANDESSTIFTUNGEN

### **Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.**

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart  
Tel.: 0711-26339410 Fax: 0711-26339419  
E-Mail: [info@boell-ba-wue.de](mailto:info@boell-ba-wue.de)  
Internet: [www.boell-ba-wue.de](http://www.boell-ba-wue.de)

### **Petra-Kelly-Stiftung**

Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.  
Reichenbachstraße 3a, 80469 München  
Tel.: 089-24226730 Fax: 089-24226747  
E-Mail: [info@petra-kelly-stiftung.de](mailto:info@petra-kelly-stiftung.de)  
Internet: [www.petra-kelly-stiftung.de](http://www.petra-kelly-stiftung.de)

### **Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin  
Tel.: 030-6126074 Fax: 030-6183011

E-Mail: [info@bildungswerk-boell.de](mailto:info@bildungswerk-boell.de)  
Internet: [www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg**

Werkstatt für politische Bildung e.V.  
Charlottenstraße 30, 14467 Potsdam  
Tel.: 0331-2800786  
Fax: 0331-292092  
E-Mail: [info@boell-brandenburg.de](mailto:info@boell-brandenburg.de)  
Internet: [www.boell-brandenburg.de](http://www.boell-brandenburg.de)

**Bildungswerk Umwelt und Kultur in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Plantage 13, 28215 Bremen  
Tel.: 0421-352368 Fax: 0421-352389  
E-Mail: [ruedel.boell@t-online.de](mailto:ruedel.boell@t-online.de)  
Internet: [www.boell-bremen.de](http://www.boell-bremen.de)

**umdenken - Politisches Bildungswerk**

Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg  
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg  
Tel.: 040-3895270 Fax: 040-3809362  
E-Mail: [umdenken@t-online.de](mailto:umdenken@t-online.de)  
Internet: [www.umdenken-boell.de](http://www.umdenken-boell.de)

**Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V.**

Landesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung  
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.  
Tel.: 069-231090 Fax: 069-239478  
E-Mail: [info@hgdoe.de](mailto:info@hgdoe.de)  
Internet: [www.hgdoe.de](http://www.hgdoe.de)

**Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock  
Tel.: 0381-4922184 Fax: 0381-4922156

E-Mail: [boell.m-v@flix.de](mailto:boell.m-v@flix.de)

Internet: [www.boell-mv.de](http://www.boell-mv.de)

**Stiftung Leben und Umwelt Niedersachsen**

Schuhstraße 4, 30159 Hannover

Tel.: 0511-30185711/12 Fax: 0511-30185714

E-Mail: [info@slu.de](mailto:info@slu.de)

Internet: [www.slu.de](http://www.slu.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen**

Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund

Tel.: 0231-9144040 Fax: 0231-91440444

E-Mail: [info@boell-nrw.de](mailto:info@boell-nrw.de)

Internet: [www.boell-nrw.de](http://www.boell-nrw.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz**

Rhein-Allee 3D, 55116 Mainz

Tel.: 06131-905260 Fax: 06131-905269

Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim

Tel.: 06359-961800 Fax: 06359-961427

E-Mail: [mainz@boell-rlp.de](mailto:mainz@boell-rlp.de)

Internet: [www.boell-rlp.de](http://www.boell-rlp.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.**

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken

Tel.: 0681-583560 Fax: 0681-583536

E-Mail: [boell.stiftung@t-online.de](mailto:boell.stiftung@t-online.de)

**Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung**

Schützengasse 18, 01067 Dresden

Tel.: 0351-4943311 Fax: 0351-4943411

E-Mail: [info@weiterdenken.de](mailto:info@weiterdenken.de)

Internet: [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

**Mitwelt - Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.**

Neumarktstraße 9, 06108 Halle  
Tel.: 0345-2023927 Fax: 0345-2023928  
E-Mail: [hbs.sachsen-anhalt@t-online.de](mailto:hbs.sachsen-anhalt@t-online.de)  
Internet: [www.hbs-sachsen-anhalt.de](http://www.hbs-sachsen-anhalt.de)

**Bildungswerk „anderes lernen“ - Heinrich-Böll-Stiftung  
Schleswig-Holstein**

Medusastraße. 16, 24143 Kiel  
Tel.: 0431-9066130 Fax: 0431-9066134  
E-Mail: [boell.s-h@t-online.de](mailto:boell.s-h@t-online.de)  
Internet: [www.boell-sh.de](http://www.boell-sh.de)

**Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen**

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt  
Tel.: 0361-5553257  
Fax: 0361-5553253  
E-Mail: [info@boell-thueringen.de](mailto:info@boell-thueringen.de)  
Internet: [www.boell-thueringen.de](http://www.boell-thueringen.de)

**Die Büros der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland**

**Arabischer Naher Osten**

Heinrich Böll Foundation  
Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah  
Palestine  
P.O. Box 2018 Ramallah, Palestine Authority  
Tel. +972-2-296 1121  
Fax +972-2-296 1122  
E-mail: [boell@palnet.com](mailto:boell@palnet.com)  
Internet: [www.boell.org.il](http://www.boell.org.il)

**Bosnien-Herzegowina**

Fondacija Heinrich Böll  
Cekalusa 42  
BIH-71000 Sarajevo  
Tel. +387-33-260 450

Fax +387-33-260 460

E-mail: [h.boell@bih.net.ba](mailto:h.boell@bih.net.ba)

### **Brasilien**

Fundação Heinrich Böll

Rua da Gloria 190, ap. 701

2024 1180 Rio de Janeiro - Gloria

Tel./Fax +55-21-3852 1104

E-mail: [boell@boell.org.br](mailto:boell@boell.org.br)

### **El Salvador**

Fundación Heinrich Böll

Residencial Zanzibar

Pasaje A-Oriente, No. 24

San Salvador

Tel. +503-274 6812

Fax +503-274 6932

E-mail: [boell.direccion@integra.com.sv](mailto:boell.direccion@integra.com.sv)

### **Europäische Union/Belgien**

Heinrich Böll Foundation

15, rue d'Arlon

B-1050 Bruxelles

Tel. +32-2-743 41 00

Fax +32-2-743 41 09

E-mail: [brussels@boell.de](mailto:brussels@boell.de)

[Internet: www.boell.be](http://www.boell.be)

### **Georgien**

Heinrich Böll Foundation

South Caucasus Regional Office

Tbilisi, Georgia 380079

Radiani Str. 5

Tel. +995-32- 227705

Fax +995-32-912897

E-mail: [info@boell.ge](mailto:info@boell.ge)

### **Indien**

Heinrich Böll Foundation  
C - 4/5, Second Floor  
Safdargunj Development Area,  
New Delhi 110016  
Tel: +91-11-6854405  
Fax: +91-11-6516695  
E-mail: [mukul@hbfasia.org](mailto:mukul@hbfasia.org)

### **Israel**

Heinrich Böll Foundation  
Nahalat Binyamin 24  
IL-65162 Tel Aviv  
Tel. +972-3-516 77 34  
Fax +972-3-516 76 89  
E-mail: [hbstl@boell.org](mailto:hbstl@boell.org)  
[Internet: www.boell.org.il](http://www.boell.org.il)

### **Kenia**

Heinrich Böll Foundation  
Forest Road, P.O. Box 10799-00100  
GPO Nairobi  
Tel.: +254-20-3744227/3750329  
Fax: +254-20-3749132  
E-mail: [nairobi@hbfha.com](mailto:nairobi@hbfha.com)

### **Nigeria**

Heinrich Böll Foundation  
9b, Omo Osagie St.  
S.W. Ikoyi, Lagos  
Tel: +234-1-47214 65  
E-mail: [info@boellnigeria.org](mailto:info@boellnigeria.org)  
Internet: [www.boellnigeria.org](http://www.boellnigeria.org)

**Pakistan**

Heinrich Böll Foundation  
House 76-B, Nisar Road, Lahore Cantt-54800  
Tel: +92-42-6666322  
Fax: +92-42-6664899  
E-mail: [angelika@hbsasia.org](mailto:angelika@hbsasia.org)  
Internet: [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

**Polen**

Fundacja Heinricha Bölla  
ul. Podwale Nr. 13  
00-252 Warszawa  
Tel. +48-22-831 6356  
Fax +48-22-635 7923  
E-mail: [boell@mak.com.pl](mailto:boell@mak.com.pl)

**Russland**

Heinrich Böll Foundation  
Grusinskij Pereulok 3-231  
RU 123056 Moskau  
Tel. +7-095-2541453  
Fax +7-095-9358016  
E-mail: [info@boell.ru](mailto:info@boell.ru)  
Internet: [www.boell.ru](http://www.boell.ru)

**Südafrika**

Heinrich Böll Foundation  
43 Tyrwhitt Avenue  
Melrose 2196  
P.O. Box 2472  
Saxonworld 2132, South Africa  
Tel: +27 11 447 8500  
Fax: +27 11 447 4418  
E-mail: [hbssa@wn.apc.org](mailto:hbssa@wn.apc.org)

Internet: [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za)

### **Thailand**

Heinrich Böll Foundation

91/9 Umong Soi 5

Tambon Suthep, Muang

50200 Chiang Mai

Tel: +66-53-810 430

Fax: +66-53-810 124

E-Mail: [heike@hbfasia.org](mailto:heike@hbfasia.org)

Internet: [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

### **Tschechien**

Nadace Heinricha Bölla

Barrandovska 1

CZ-15200 Praha 5

Tel. +420-2-581 4173

Fax +420-2-581 4174

E-mail: [boell@mbx.vol.cz](mailto:boell@mbx.vol.cz)

### **Türkei**

Heinrich-Böll-Vakfi

Inönü Cad. Hacı

Hanim Sok. No. 10/12

Keresteci Apt.

TR 80090 Gümüssuyu - Istanbul

Tel. +90-212-249 15 54

Fax +90-212-252 31 36

E-mail: [info@hbstr.org](mailto:info@hbstr.org)

### **USA**

Heinrich Böll Foundation

Chelsea Gardens

1638 R Street, NW, Suite 120



USA-20009 Washington, DC

Tel. +1-202-462 75 12

Fax +1-202-462 52 30

E-mail: [info@boell.org](mailto:info@boell.org)

Internet: [www.boell.org](http://www.boell.org)

## **PUBLIKATIONEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG**

### ***Eine Auswahl***

#### **Nachhaltige Entwicklung**

##### **Zur Lage der Welt 2003**

Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit Heinrich-Böll-Stiftung und GERMANWATCH im Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2003, 324 Seiten      EUR 19,90      ISBN 3-89691-537-1

##### **Ökologie und Nachhaltigkeit. Eine Querschnittsstudie über Projekte der Heinrich-Böll-Stiftung im Ausland.**

Von Theo Mutter, Jochen Töpfer und Christa Wichterich. Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2002, 368 Seiten, zahlreiche Tabellen und Grafiken, EUR 8,- ISBN 3-927760-40-4

#### **Demokratie und Menschenrechte**

##### **Germany and the Middle East. Interests and Options**

Edited by Volker Perthes. Published by the Heinrich Böll Foundation in co-operation with Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002, 224 pages      EUR 6,- ISBN 3-927760-42-0

##### **Kriminalität und Sicherheit - Neue Herausforderungen für Städte und Gemeinden in der Präventions- und Polizeiarbeit**

Hrsg. von Gerald Munier und der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2002, 208 Seiten, EUR 10,- ISBN 3-927760-41-2

#### **Zeitgeschichte**

##### **Rudolf Bahro - Glaube an das Veränderbare**

Eine Biographie von Guntolf Herzberg und Kurt Seifert. In Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin 2002, EUR 29,90  
ISBN 3-86153-270-0

**Der Bündnis-Fall. Politische Perspektiven 10 Jahre nach  
Gründung des Bündnis 90** Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
und Werner Schulz im Edition Temmen Verlag, Bremen 2001, 201  
Seiten, zahlreiche Abbildungen, EUR 12,50 ISBN 3-86108-796-0

### **Geschlechterdemokratie und Feminismus**

#### **Geschlechterdemokratie wagen**

Mit Beiträgen u.a. von Werner Sauerborn, Mechthild Bereswill,  
Peter Döge, Barbara Holland-Cunz, Dörthe Jung, Ralf Lange,  
Claudia Neusüß, Gabriele Schambach, Henning von Bargen. Hrsg.  
von der Heinrich-Böll-Stiftung im Ulrike Helmer Verlag  
Königstein/Ts. 2003, 296 Seiten EUR 15,- ISBN 3-89741-113-X

#### **feminist\_spaces. Frauen im Netz: Diskurse - Communities - Visionen**

Mit Beiträgen u.a. von Wendy Harcourt, Manuel Castells,  
Gillian Youngs, Amy Bruckman, Mercy Wambui, Helga Braun u.a.  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Feministischen  
Institut im Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Ts. 2002, 178  
Seiten EUR 15,- ISBN 3-89741-110-5

### **Alle Preise zzgl. Versandkosten!**

Heinrich-Böll-Stiftung  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel.: 030-285340  
Fax: 030-28534109  
E-mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

## **FÖRDERKREIS**

"Einmischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben" Heinrich Böll

### **Machen Sie mit!**

#### **Werden Sie Fördermitglied der Heinrich-Böll-Stiftung!**

Der Förderkreis unterstützt die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung. Er hilft politisch bedrängten MenschenrechtsaktivistInnen und unterstützt KünstlerInnen. Er fördert schnell und unbürokratisch kleine kulturelle, soziale und humanitäre Projekte, die mit öffentlichen Mitteln nicht finanziert werden können.

### **Helpen Sie mit!**

Diese Arbeit braucht Unterstützung. Mit Ihrer Hilfe können wir mehr bedrängte Menschen unter die Arme greifen, einzelne KünstlerInnen fördern und weitere Initiativen unterstützen.

Der Jahresbeitrag für die Mitgliedschaft im Förderkreis beträgt 92 Euro, ermäßigt 46 Euro (für SchülerInnen, StudentInnen, Erwerbslose und auf Antrag für RentnerInnen 25 Euro).

Darüber hinaus freuen wir uns auch über einmalige Spenden. Die Stiftung ist gemeinnützig

### **Was wir Ihnen bieten!**

den „*Info-Brief*“ für Fördermitglieder mit Informationen über besonderen Veranstaltungen und Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

den *Jahresbericht* der Stiftung

Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie die Petra-Kelly-Preisverleihung oder

die Besichtigung von Projekten

Und jedes Jahr bieten wir Ihnen an, zusammen mit anderen FörderInnen und Ehrenamtlichen der Heinrich-Böll-Stiftung an einer *Begegnungsreise ins Ausland* zu unseren Projektpartnern teilzunehmen.

**Wir freuen uns auf Sie!**

Falls Sie weitere Informationen wünschen, freuen wir uns über Ihren Anruf oder Brief:

Regine Walch oder Ellen Deuse *Gremienkoordination*, Telefon:  
030-285 34-112/ 113, Fax: 030-285 34-109, E-mail:

[walch@boell.de](mailto:walch@boell.de), [deuse@boell.de](mailto:deuse@boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str.40/41,  
10178 Berlin.

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

## FINANZEN UND PERSONAL

### VORLÄUFIGE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2002

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	EURO	VORJAHR EURO
Erträge Globalmittelhaushalt	13.762.427,88	13.510.695,28
Erträge anderer Zuwendungsbereiche	23.434.560,46	22.385.201,62
<b>Summe der Erträge</b>	<b>37.196.988,34</b>	<b>35.895.896,89</b>
Personalaufwand	7.374.187,43	6.991.356,47
Sächliche Verwaltungskosten	2.620.714,44	2.873.278,83
Investitionen	520.438,01	581.814,82
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.125.118,31	986.044,54
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.121.979,63	2.078.216,85
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	4.804.696,81	4.690.500,27
Weiterleitung von BMZ Projektmitteln	18.629.863,65	17.694.701,35
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>37.196.998,28</b>	<b>35.895.913,13</b>
Zwischenergebnis	-9,94	-16,24
Vereinserträge	693.938,45	529.999,51
Vereinsaufwendungen	696.800,82	543.888,30
Vereinsergebnis	-2.862,37	-13.888,79
<b>Jahresfehlbetrag/überschuß</b>	<b>-2.872,31</b>	<b>-13.905,03</b>

#### PERSONAL

Insgesamt waren zum 31.12.2002 210 Personen (davon 36 studentische Teilzeitkräfte) bei der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigt - und zwar 188 im Inland und 22 im Ausland. Von den 210 Beschäftigten waren 155 Frauen und 55 Männer, wiederum 41 Migrantinnen bzw. Migranten. 89 Stellen waren Teilzeitstellen.

#### ANMERKUNGEN

Über die Ausgaben legt die Heinrich-Böll-Stiftung jährlich öffentlich Rechenschaft ab. Bundesministerien, Rechnungshof und Wirtschaftsprüfer kontrollieren die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel.

**FINANZEN UND PERSONAL**

## VORLÄUFIGE BILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2002

	EURO	VORJAHR EURO
<b>AKTIVA</b>		
ANLAGEVERMÖGEN		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	222.951,28	126.817,89
Geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	20.242,00	0,00
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	1.963.028,40	2.008.060,51
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	867.017,80	1.006.386,03
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	2.909,25	3.783,56
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	2.069,13	0,00
Finanzanlagen		
Kautionen	1.332,46	1.299,70
Genossenschaftsanteile	0,00	0,00
UNLAUFVERMÖGEN		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	101.518,64	103.945,64
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.073.357,03	2.029.777,10
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	19.918,44	21.565,38
Summe	5.274.344,43	5.301.635,81

	EURO	VORJAHR EURO
<b>PASSIVA</b>		
VEREINSVERMÖGEN		
Vereinsvermögen zum 01.01.2002	56.775,30	70.680,33
Jahresergebnis	-2.872,31	-13.905,03
SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	2.797.030,97	2.855.261,14
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	1.332,46	1.299,70
VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	80.421,99
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	851.848,39	1.126.284,63
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern		
aus BMZ-Mitteln	715.630,56	291.872,96
aus AA-Mitteln	106.474,02	117.216,15
aus BVA-Mitteln	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern		
gegenüber EU	406,85	195.681,85
gegenüber dem BMZ	65.549,85	78.327,45
gegenüber dem AA	56.047,95	95.268,44
gegenüber dem BVA	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	393.182,82	346.619,02
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
gegenüber EU	26.363,37	33.756,22
gegenüber dem BMBF	127.696,02	12.164,24
gegenüber dem BMZ	78.878,18	10.686,71
gegenüber sonstigen	0,00	0,00
Summe	5.274.344,43	5.301.635,81